

politik

Identitäts

Eine  
gespaltene  
Gesellschaft?

Iden  
titäts

politik

Eine  
gespaltene  
Gesellschaft?

# Auf einen Blick

- Identitätspolitik aus dem rechten und linken Lager greift die politische Mitte an und spaltet die Gesellschaft. Die hitzig geführten Debatten zeigen, wie Identitätspolitik den gesellschaftlichen Diskurs zurzeit in Deutschland prägt.
- Rechtsidentitäre wie Linksidentitäre lehnen universalistisches Denken ab, werten Ideen wie Freiheit und Menschenrechte als Mittel anonymer Herrschender ab, fördern Diskriminierung, statt sie zu bekämpfen, und wenden sich zum Teil gegen freiheitlich-demokratische Prinzipien.
- Gruppen, die sich aufgrund kultureller, ethnischer, sozialer oder sexueller Identitätsmerkmale diskriminiert fühlen, versuchen sich durch Gruppenidentifikationen zu schützen und gegen die vermeintliche Mehrheit zu behaupten.
- Identitäre Aktivisten bekämpfen jedoch den Status quo der pluralistischen westlichen Gesellschaften, die sie als

strukturell „oppressiv“, „rassistisch“ und „sexistisch“ wahrnehmen. Sie wollen die Gesellschaft über die Veränderung von Sprache und Denken umgestalten.

- Eine identitätspolitisch motivierte Geschichtsinterpretation versucht sich auf eine konsistente Gruppenidentität zu konzentrieren. Linksradi-kale und Rechtsradikale vereinfachen dabei gleichermaßen die Realität, um ihr Geschichtsbild durchzusetzen.
- In Frankreich, Polen und den USA spielen identitätspolitische Themen wie Rassismus, Integration/Einwanderung, Benachteiligung, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität eine immer wichtigere Rolle in den öffentlichen Debatten. Auch die Wahlkämpfe werden von ihnen beeinflusst.

# Inhaltsverzeichnis

- 04    **Auf einen Blick**
- 08    **Einleitung:**  
Die politische Mitte und die Gefahren  
des Kulturkampfes
- 12    **werch ein illtum!**  
Zur Verortung der Identitätspolitik  
in der politischen Landschaft
- 20    **Umstrittene Erinnerung**  
Wie Identitätspolitik unseren Umgang mit der  
Geschichte beeinflusst
- 26    **Ethnische Herkunft und Identität: Die etikettierte Welt**  
Warum linke und rechte Identitätspolitik Diskriminierung  
nicht bekämpft, sondern befördert
- 32    **Geschlecht und Identität**  
Begriffliche Einordnung und aktuelle Problemfelder
- 40    **Identitätspolitik in den USA**  
Politische Polarisierung entlang der Parteilinien
- 48    **Identitätspolitik als Spaltpilz der Gesellschaft**  
Wie die Debatten um Laizität, Integration und die nationale  
Identität die Französische Republik prägen
- 54    **Kulturkampf auf Kosten des Zusammenhalts**  
Identitätspolitik als machtpolitisches Instrument der  
polnischen Regierung
- 62    **Impressum**

# Einleitung:

## Die politische Mitte und die Gefahren des Kulturkampfes

Die politische Mitte und die Gefahren des Kulturkampfes • Matthias Oppermann

Seit Kurzem ist in Deutschland viel von einem „Kulturkampf“ die Rede. Journalisten oder Politiker, die den Begriff benutzen, halten sich dabei meist nicht mit semantischen Feinheiten auf. Einmal heißt es, CDU/CSU dürften keinen Kulturkampf führen, dann wieder, dass sie ihn annehmen müssten. Wer kämpft aber gegen wen? Worum wird gekämpft? Und vor allem: Wer hat angefangen? Wenn der Begriff kein semantischer Unsinn sein soll, dann muss es um den Kampf zweier Kulturen gehen, wie auch immer diese definiert sind. Ist das der Fall? Vertritt die Union eine Kultur, die im Kampf mit einer anderen liegt? Dem würde wohl kaum jemand zustimmen. Also muss man das Problem von einer anderen Seite angehen, am besten damit, sich zu vergegenwärtigen, was historisch unter „Kulturkampf“ verstanden wurde.

Geprägt hat den Begriff in Deutschland der Arzt und linksliberale Politiker Rudolf Virchow, als er am 17. Januar 1873 im Preußischen Abgeordnetenhaus von einem „großen Kulturkampf“ in Deutschland zwischen der liberalen Moderne und dem Katholizismus sprach. Der Begriff wurde bald auf die Maßnahmen und Gesetze übertragen, mit denen Otto von Bismarck seit 1871 den von ihm gefürchteten Einfluss des „Ultramontanismus“, also des römischen Katholizismus, auf die deutsche Politik bekämpfte. Ironischerweise waren viele dieser Gesetze gar nicht im Sinne der Liberalen. Bismarck, der persönlich den Ansichten eines konservativen Katholizismus näherstand als dem Liberalismus, kämpfte aus politischen Gründen gegen eine Institution und ihre politische Vertretung, die Deutsche Zentrumsparität. Die Liberalen dagegen sahen überall in der Welt das Ringen zwischen unvereinbaren Weltanschauungen, zwischen dem dogmatischen, hierarchischen und irrationalen Katholizismus und dem den Fortschritt, die Freiheit und ein rein innerliches Christentum verheißenden Liberalismus.

Es ist deshalb eine Verkürzung, den Kulturkampf auf die Politik des Bismarck-Staates gegen die Kirche zu reduzieren. Der Kulturkampf war, wie Thomas Nipperdey festgestellt hat, das Ergebnis einer dreifachen Offensive: des Ultramontanismus, des Liberalismus und des Staates. Der Kulturkampf im eigentlichen Sinne – der Konflikt, den Virchow meinte – spielte sich zwischen Ultramontanen und Liberalen ab, unter denen auch manche nicht ultramontane Katholiken waren. Er wurde in der Publizistik und an den Universitäten geführt. Es war ein geistiger Kampf, kein politischer.

Diese Frontstellung war ein gesamteuropäisches Phänomen, das vor allem Staaten wie Italien und Frankreich prägte. Der Unterschied zwischen den beiden römischen Ländern und dem Deutschen Reich war jedoch, dass in jenen die Offensive des Staates mit derjenigen des Liberalismus zusammenfiel. In Frankreich führte diese Politik 1905 zur Verabschiedung des Gesetzes über die Trennung von Kirche und Staat, mit dem die katholische Kirche enteignet wurde. Sie behielt nur das Recht, die Kirchen, die einmal ihr Eigentum gewesen waren, für ihre Zwecke zu nutzen. Freilich fiel das Gesetz viel milder aus, als es sich die radikalen Republikaner vorgestellt hatten. Die freie Religionsausübung wurde ausdrücklich garantiert.

Vor diesem Hintergrund ist der Begriff des Kulturkampfes zu sehen, und man sollte ihn nicht leichtfertig verwenden. Dass es doch geschieht, hat kaum mit der Erinnerung an den Kulturkampf des Kaiserreichs zu tun. Das historische Bewusstsein trägt nicht so weit. Wenn heute von Kulturkampf die Rede ist, so weil mit diesem Wort etwas unpräzise der amerikanische Begriff *culture war* übersetzt wird. Wer heute von Kulturkampf spricht, meint in der Regel einen Konflikt, den es in Amerika schon seit Jahrzehnten gibt, und der mittlerweile auch bei uns angekommen ist. Darum, ob Letzteres wirklich der Fall ist, dreht sich der Streit.

Man muss einiges ausblenden, um zu glauben, dass sich in Deutschland nicht ähnliche gesellschaftliche Konflikte abspielen wie in den Vereinigten Staaten, aber das heißt noch nicht, dass wir in derselben Lage sind. Der Begriff *culture war* hat

**Apl. Prof. Dr. Matthias Oppermann** ist seit 2018 Leiter der Abteilung Zeitgeschichte und seit 2020 stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er lehrt Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

sich in den Vereinigten Staaten in den 1990er Jahren in Wissenschaft und Medien etabliert. Sein Beginn wird schon in den 1960er Jahren gesehen. Der Aufstieg der „Gegenkultur“ der *New Left* brachte andauernde Konflikte um Themen wie Schwangerschaftsabbruch, Homosexualität, Pornographie und Drogenkonsum mit sich. Infolgedessen hat sich die amerikanische Wählerschaft seit den 1960er Jahren immer stärker polarisiert. Die Entwicklung der beiden Parteien von eher unideologischen Plattformen mit großen Schnittmengen zu prononcierten Richtungsparteien war eine Konsequenz der gesellschaftlichen Prozesse, nicht umgekehrt.<sup>1</sup>

Gleichwohl sind die Vereinigten Staaten bis heute keine „zweigeteilte Nation“ geworden, wie der amerikanische Politikwissenschaftler James Campbell gezeigt hat. Es sei zwar ein Mythos, dass Amerika im Kern eine „gemäßigte Nation“ sei, schreibt er in seinem Buch *Polarized*, aber diejenigen Amerikaner, die sich als *moderates* bezeichneten, seien zumindest eine gewichtige Minderheit. Das allerdings scheint in der öffentlichen Diskussion kaum noch eine Rolle zu spielen. Grund dafür ist, dass sich der *culture war* immer weiter verschärft hat, als vor mindestens zehn Jahren das Phänomen der *Wokeness* aufgetreten ist. Ohne dass die alten Konfliktfelder verschwunden wären, streben die Aktivistinnen und Aktivisten der *Woke*-Bewegung nach Höherem, nämlich nach der Kontrolle der Sprache und des Denkens, nach der umfassenden Umgestaltung der Gesellschaft auf der Grundlage tatsächlicher oder imaginierter Identitäten. Sie bekämpfen den Status quo der pluralistischen westlichen Gesellschaften, die sie als strukturell „oppressiv“, „rassistisch“ und „sexistisch“ wahrnehmen. Dagegen setzen sie eine Identitätspolitik (*identity politics*), deren Ziel es ist, sensibel für tatsächliche oder vermeintliche Benachteiligungen von Frauen oder ethnischen beziehungsweise geschlechtlichen Minderheiten zu sein. Aus dieser Sensibilität – der *Wokeness* – folgen dann bestimmte politische Forderungen.

Aus der Herstellung von Identität auf Basis einer kollektiven Diskriminierungserfahrung wird die Forderung nach einem Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse abgeleitet. Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden mit den Begriffen von Macht und Ohnmacht beschrieben, die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht oder zu einer Ethnie wird als entscheidend für den Status jedes Angehörigen einer bestimmten Gruppe in der Gesamtgesellschaft interpretiert. Die Mehrheitsgesellschaft, das heißt der angeblich durch bestimmte Merkmale privilegierte Teil einer Bevölkerung, soll sich seiner Machtstellung bewusst werden und sich für die Beseitigung der Unterschiede einsetzen. Ein wirkliches Bewusstsein für die Lage der Minderheiten kann der Privilegierte aus der Sicht der Vertreterinnen und Vertreter der Identitätspolitik freilich nicht entwickeln, da er dazu selbst zu der Gruppe gehören müsste, um die es jeweils geht. Als Mittel des Abbaus von Benachteiligungen gelten zum Beispiel Förderprogramme, Quoten und Stipendien für Angehörige bestimmter Ethnien, aber auch die Vermeidung von Handlungen und Ausdrucksweisen, die die eine oder andere Minderheit als diskriminierend empfinden könnte.

Teilweise als Reaktion darauf, teilweise parallel dazu hat sich eine andere Form der Identitätspolitik entwickelt, die ebenso ideologisch ist, wie diejenige der *Wokeness*-Aktivisten. Manche Kritikerinnen und Kritiker der linken Identitätspolitik haben sich mit mehr als zweifelhaften Verbündeten am rechten Rand der amerikanischen Gesellschaft und Politik eingelassen. Ein Großteil der amerikanischen „Konservativen“ versteht nicht, dass die Politische Korrektheit zwar eine Ideologie sein kann, dass der erbitterte Kampf gegen sie aber nicht minder extreme Züge trägt. Eine einseitige Polarisierung gibt es nicht. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl von 2016 ist deshalb als Folge eines wechselseitigen Radikalisierungsprozesses anzusehen, den sich der nur als „Konservativer“ maskierte Demagoge Donald Trump zunutze machte.

Und in Europa? Ist der Kulturkampf im amerikanischen Sinne dort wirklich schon angekommen? Wer auf die verschiedenen europäischen Gesellschaften blickt, wird ein

differenziertes Bild wahrnehmen. Während der Kulturkampf zum Beispiel in Großbritannien mittlerweile ähnliche Züge wie in Amerika trägt, verlaufen die Linien eines nicht minder schweren Konflikts in Frankreich an anderen Stellen. In Staaten wie Polen und Ungarn dagegen scheint die Gesellschaft fest im Griff rechter Formen von Identitätspolitik zu sein.<sup>2</sup> In Deutschland machen sich seit einiger Zeit beide Seiten von Identitätspolitik bemerkbar – *Wokeness* gegen völkisches Denken. Aber kämpfen diese beiden Bewegungen wirklich gegeneinander? Führen sie nicht vielmehr – in Uneinigkeit vereint – einen gemeinsamen Kulturkampf gegen die Mitte?

Wenn das der Fall wäre, müsste die politische Mitte, um sich behaupten zu können, schleunigst Antworten auf beide Herausforderungen finden. Dafür aber ist nichts Wichtiger als Orientierung im Dschungel der Identitätspolitik. Der vorliegende Band dient diesem Zweck. Ohne einen vollständigen Überblick über die aktuellen Debatten in Deutschland und anderen westlichen Gesellschaften bieten zu können, ermöglicht er eine Annäherung an eines der größten gesellschaftspolitischen Problemfelder unserer Zeit.

## Endnoten

1 Siehe dazu den Beitrag von Paul Linnarz zur derzeitigen politischen Polarisierung in den USA, S. 40 ff.

2 Siehe dazu die Beiträge hier im Reader zu den identitätspolitischen Debatten in Frankreich und Polen, S. 48 ff. und S. 54 ff.

# werch ein illtum!

## Zur Verortung der Identitätspolitik in der politischen Landschaft

werch ein illtum! • Fabian Blumberg

### Einleitung

Es sind Sätze, die sich wohl mit „gut gealtert“ kommentieren ließen: „Zu viele Grüne sind auch heute noch in symbolische Politik verstrickt. Sie betreiben Identitätspolitik und besondere Pflege des Feindbildes.“<sup>1</sup> Die Sätze entstammen einer Analyse des Politikwissenschaftlers Joachim Raschke, die er vor über 30 Jahren in der *taz* veröffentlichte. Es ging damals um die (zwischenzeitliche) Ablehnung einer Ampelkoalition im Bremer Stadtstaat durch die Bremer Grünen. Symbole, Feindbilder, Identität: Es sind Elemente, die auch heute Debatten über Identitätspolitik prägen – und das in der gesamten politischen Landschaft.

Im vorliegenden Beitrag soll zunächst eine kurze Vergegenwärtigung dessen vorgenommen werden, was „Identitätspolitik“ meint. In einem zweiten Schritt soll Identitätspolitik in der politischen Landschaft verortet werden. Dabei wird zunächst ein Blick auf Parteien geworfen sowie auf antiindividualistische und antiuniversalistische Identitätspolitik an den extremen Polen einer eindimensionalen Links-Rechts-Einteilung eingegangen. Abschließend sollen kurze Impulse gesetzt werden im Hinblick auf die Frage, was für Parteien und Akteure folgen kann, die sich einer auch programmatisch verstandenen Mitte zugehörig fühlen.

### Identitätspolitik: Begriffliches und Inhaltliches

Eine Politik, die auf Identität abstellt, rückt nicht den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt, sondern eine bestimmte Gruppe. Sie orientiert ihr politisches Handeln an der Zugehörigkeit zu einer beispielsweise sozialen, ethnischen, kulturellen oder religiösen Einheit. Es geht um die Gleichheit, Übereinstimmung, Unverwechselbarkeit in Bezug auf ein bestimmtes Merkmal.

Nun ist das Eintreten für spezifische Gruppen, insbesondere, wenn es sich um Minderheiten handelt, eine klassische Aufgabe von Politik in Demokratien. Allerdings geht damit beispielsweise im christdemokratischen Spektrum keine Überhöhung einer Gruppe gegenüber einer anderen einher. So heißt es im Lexikon der Christlichen Demokratie:

„Der Begriff Minderheiten ist nicht etwa im Sinne einer minderen Wertigkeit zu verstehen. Geeigneter sind Begriffe wie Volksgruppe oder (Volks)Gruppenrechte, die präziser die ethnischen, religiösen, sprachlichen und kulturellen Charakteristika einer Gruppe umschreiben, die ihre Eigenheiten beizubehalten wünscht, ohne andere Bevölkerungsteile dominieren zu wollen. Minderheiten haben auch umgekehrt die Eigenarten der Mehrheit zu akzeptieren, doch muß ein geordnetes Zusammenleben gefordert und gefördert werden.“<sup>2</sup>

Das Zitat stammt vom späteren Bundestagsabgeordneten und Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit Josef Stingl, der 1945 als Sudetendeutscher die Tschechoslowakei verlassen musste. Stingl, der sich für die Versöhnung mit Tschechien einsetzte, schrieb wohl aus dieser Erfahrung, dass es spezifische Charakteristika von Gruppen geben kann – dies aber nicht dem gesellschaftlichen Zusammenleben entgegensteht. Ähnlich wird in der aktuellen Debatte gewarnt, Identitätspolitik werde gefährlich, wenn es nicht mehr um Gerechtigkeit für die Anliegen und Bedürfnisse einer Gruppe gehe, sondern Identitätspolitik „bestimmte Charakteristika hervorheben und gegenüber anderen als überlegen konstituieren will. Wenn also das Ich über das Wir siegt, Differenzen stärker betont werden als Gemeinsamkeiten“<sup>3</sup>.

Dabei werden Identitäten von außen zugeschrieben, wohnen dem Individuum selbst inne, werden aber auch selbst angenommen beziehungsweise für sich in Anspruch genommen. Letzteres, um sich einer Gruppe zugehörig zu fühlen, und auch, um Individualität darzustellen. Individualisierung, Wertewandel, Fragmentie-

**Fabian Blumberg** ist Politikwissenschaftler und seit 2022 Referent für Parteien und Beteiligung in der Abteilung Demokratie, Recht & Parteien der Konrad-Adenauer-Stiftung.



rung sind jene Entwicklungen, die die Stabilität des deutschen Parteiensystems seit geraumer Zeit unter Druck setzen. Und es sind jene Entwicklungen, die zur Herausbildung von Identitäten, Singularitäten und des Besonderen geführt haben.<sup>4</sup> Identitätspolitik zielt auf das Partikulare – abgrenzend, aber auch ausgrenzend.

### Identitätspolitische Verortungen im deutschen Parteiensystem

Dieses Zielen auf das Partikulare und das Ausgrenzende haben der Identitätspolitik Kritik eingebracht, die an einem ersten Beispiel aus der deutschen Sozialdemokratie aufgezeigt werden soll. Am 22. Februar 2021 veröffentlichte Wolfgang Thierse, Sozialdemokrat, einen Namensbeitrag in der *F.A.Z.* Dabei legte er seine Beobachtung dar, es seien weniger Kategorien wie Vernunft, Diskussion, Suche nach Gemeinsamkeiten, Mehrheitsentscheidungen, die die aktuellen Debatten (insbesondere über kulturelle Zugehörigkeit, Rassismus, Postkolonialismus und Gender) leiten als vielmehr eigene Betroffenheit, subjektives Erleben, biografische Prägungen, ethnische, geschlechtliche und sexuelle Identität. Damit werde auch versucht, andere Meinungen zu diskreditieren oder andere aus dem Diskurs auszuschließen. Aggressivität dominiere und manche Themen würden gar nicht mehr aus einer demokratischen Perspektive angesprochen. Das gelte zum Beispiel für Themen wie Heimat, Patriotismus und Nation: „In Zeiten dramatischer Veränderungen ist das Bedürfnis nach sozialer und kultureller Beheimatung groß. Eine Antwort auf dieses Bedürfnis ist die Nation. Das nicht wahrhaben zu wollen, halte ich für elitäre, arrogante Dummheit.“<sup>5</sup>

Zwei Tage vor der Veröffentlichung war es bereits zu einer Auseinandersetzung bei einer Veranstaltung des SPD-Kulturausschusses und der SPD-Grundwertekommission gekommen, bei der es um die Rolle der Kulturberichterstattung in gesellschaftlichen Debatten gehen sollte. Die eingeladene Feuilleton-Redakteurin der *F.A.Z.* hatte sich in einer Glosse kritisch mit einer Aktion von Schauspielern und Schauspielerinnen für das Magazin der *Süddeutschen Zeitung* auseinandergesetzt.<sup>6</sup> Unter dem Hashtag #ActOut hatten die Schauspieler und Schauspielerinnen bemängelt, sie als nicht heterosexuelle und nicht biologisch definierte Personen könnten viele Rollen nicht spielen, aufgrund dieser Merkmale.<sup>7</sup> Die *F.A.Z.*-Journalistin bezweifelte dies, was als queerfeindlich aufgefasst wurde, die Einladung wurde kritisiert, die Veranstaltung „eskalierte“.<sup>8</sup>

In der Folge entstand der Eindruck, dass zwei SPD-Generationen beziehungsweise zwei sehr unterschiedliche sozialdemokratische Sichtweisen auf Identitätspolitik bestehen. Denn die SPD-Co-Vorsitzende Saskia Esken und der stellvertretende Parteivorsitzende Kevin Kühnert luden die SPD-„Arbeitsgemeinschaft Queer“ zu einem Treffen ein – mit einem Schreiben, das als Entschuldigungsschreiben und Anklage Thierses (und auch Gesine Schwans, die als Vorsitzende der Grundwertekommission die oben genannte Veranstaltung moderiert hatte) aufgefasst wurde. Darin hieß es in Bezug auf die Veranstaltung, „mangelnde Sensibilität im Umgang mit den Gäst\*innen aus Euren Reihen, manche Rechtfertigung im Nachgang – all das beschämt uns zutiefst“. Und: „Aussagen einzelner Vertreter\*innen der SPD zur sogenannten Identitätspolitik, die in den Medien, auf Plattformen und parteiintern getroffen wurden“, zeichnen „insbesondere im Lichte der jüngsten Debatte ein rückwärtsgewandtes Bild der SPD“, das verstöre. Daraufhin sah sich Wolfgang Thierse bemüßigt, die Co-Vorsitzende der SPD zu bitten, ihm „öffentlich mitzuteilen, ob mein Bleiben in der gemeinsamen Partei weiterhin wünschenswert oder eher schädlich ist“.<sup>9</sup>

Am Ende blieb Thierse, dem Kritik aus den sozialen Medien entgegenschlug, der aber auch Zuspruch aus der SPD bekam, in der Partei. Saskia Esken bedauerte den entstandenen Eindruck. Auch die AG Queer der SPD zollte Thierse Respekt für Lebensleistung und Einsatz – er habe sich aber in der Identitätsdebatte „verrannt“.<sup>10</sup>

So zeigt die Episode ein innerparteiliches Sowohl-als-auch-Muster der identitätspolitischen Debatten, das sich auch bei Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei finden lässt: Sowohl die Fokussierung auf Gruppenidentitäten verbunden mit der Tendenz, diese zu überhöhen als auch die Warnung vor genau dieser Identitätspolitik.

Als Beispiel sei hier auf den Berliner Grünen-Politiker Walter Otte verwiesen. Vor dem Hintergrund der identitätspolitischen Debatten innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen äußerte er: „Identitätspolitik kennt man bisher von der politischen Rechten. Dort geht es nicht um Individuen, sondern um Gruppen, die Gesellschaft wird nach ethnischen und religiösen Kriterien sortiert.“<sup>11</sup> Heute fänden sich Denken in Schablonen und pauschale Vorwürfe aber auch innerhalb der Grünen. Otte äußerte die Warnung vor dem Hintergrund unter anderem des 2020 verabschiedeten „Vielfaltsstatuts“ der Bundespartei sowie der „Indianer“-Debatte der Berliner Grünen 2021. Im „Statut für eine vielfältige Partei“<sup>12</sup> wird davon ausgegangen, dass sich zwar positive Entwicklungen in den Bereichen Geschlechtergleichstellung, Angleichung der Lebensverhältnisse und anderes mehr feststellen ließen. Zugleich seien aber große gesellschaftliche Gruppen unterrepräsentiert, diskriminiert, benachteiligt und „aufgrund von gesellschaftlichen Verhältnissen strukturell von Ungleichbehandlung betroffen“. Geschlecht, rassistische, antisemitische oder antiziganistische Zuschreibung, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter, Sprache, sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität, sozialer Status, Bildung und Herkunft – diese Merkmale dürften nicht zu Diskriminierung und Ausgrenzung führen. Die Einsetzung eines Diversitätsrats, von Diversity-Trainings und Quoten sollen diskutiert und entwickelt werden, Parteigremien sollen divers besetzt, ein Vielfaltsreferat in der Parteizentrale eingesetzt werden. So wurde „ein Stück Parteigeschichte“<sup>13</sup> (Annalena Baerbock) geschrieben.

Ein weiteres Element der Parteigeschichte wurde rund drei Monate später geschrieben: Auf einem Landesparteitag der Berliner Grünen, der digital durchgeführt und später als Video veröffentlicht wurde, hatte die seinerzeitige Spitzenkandidatin Bettina Jarasch auf die Frage, was sie früher einmal werden wollte, geantwortet: „Indianerhäuptling“. Eine „koloniale Fremdbezeichnung“, wie Delegierte kritisierten. Und so begab es sich, dass die Antwort von Bettina Jarasch im veröffentlichten Video des Landesparteitages nicht auftaucht. Stattdessen kommt der Hinweis: „An dieser Stelle wurde im Gespräch ein Begriff benutzt, der herabwürdigend gegenüber Angehörigen indigener Bevölkerungsgruppen ist. Wir haben diesen Teil daher entfernt. Auch wir lernen ständig dazu und wollen weiter daran arbeiten, unser eigenes Handeln und Sprechen auf diskriminierende Denkmuster zu hinterfragen.“<sup>14</sup> Es ließen sich weitere Beispiele anfügen für die Auseinandersetzungen über Identitätspolitik innerhalb der Grünen,<sup>15</sup> die für die Partei so neu nicht ist.<sup>16</sup> Dass damit eine Gefahr einhergeht, ist vielen Grünen-Politikern und -Politikerinnen bewusst.<sup>17</sup> Robert Habeck beispielsweise warnt vor einem „Wettbewerb der Identitäten“<sup>18</sup> – in dem es Verlierer und Verliererinnen geben könne.

Auf diese „Verlierer und Verliererinnen des Wettbewerbs“ weist im linken Parteienspektrum insbesondere Sahra Wagenknecht hin. Als (jedenfalls aktuelle) Linkspartei-Politikerin positioniert sie sich prononciert als „klassische Linke“, die sich für soziale Gerechtigkeit insbesondere in Bezug auf die Arbeitswelt einsetzt. Ihr geht es um harte Arbeit und den Kampf gegen Ungerechtigkeiten, die durch Vererbung, Hartz-Reformen und Lohndumping erzeugt würden. Kurz: die traditionelle Linke sei auf der Seite der Unterprivilegierten. Dem setzt sie das Bild einer „Lifestyle-Linken“ entgegen, die sich aus privilegierten Schichten rekrutiere und für die Belange von Privilegierten einsetze. Diese „Selbstgerechten“ identifiziert sie insbesondere bei den Grünen, der SPD, aber auch der Linkspartei. Anzutreffen sei diese Gruppe, die sich aus einer neuen akademischen Mittelschicht rekrutiere und häufig neue, gut bezahlte Dienstleistungsberufe ausübe, vor allem in den großen Metropolen



und den Universitätsstädten. Mit der eigentlichen sozialen Frage seien diese Linken kaum in Kontakt geraten. Stattdessen gehe es darum, sich weltläufig und sprachsensibel für Klima, Emanzipation, Zuwanderung und sexuelle Minderheiten einzusetzen und den Nationalstaat für veraltet, Europa und das Weltbürgertum für modern zu halten.<sup>19</sup> Es handle sich um „hypersensible Identitätspolitiker, die die Gefühle jeder noch so kleinen Randgruppe in einen eigenen Safe Space einbetten“, „die eigene Weltsicht nicht für eine Meinung, sondern für eine Frage der Moral und des Anstands“ halten und für die „Andersdenkende mindestens ein schlechter Mensch und wahrscheinlich sowieso ein Nazi“ seien.<sup>20</sup>

Wagenknecht konturiert hier eine linke Identitätspolitik, die sie auch kritisch im Hinblick auf ihre Folgen für die Wahlerfolge von Parteien wie AfD, FPÖ, Rassemblement National<sup>21</sup>, Lega oder den Wahren Finnen analysiert. Es ist eine Analyse, die sich auch an anderen Stellen findet, am prominentesten bei Mark Lilla. Mit Blick auf die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten sieht er den „strategischen Fehler“ der Clinton-Kampagne darin, zwar Identitäten, Diversität und einzelne Gruppen angesprochen zu haben, damit seien diese aber überhöht worden und soziale Themen – überhaupt Themen, die eine breite Mehrheit betreffen – anderen überlassen worden.<sup>22</sup> Die Identitätslinke verliere Wahlen, weil sie sich nicht mehr als soziale Linke verstehe. Der Klassenkampf ist in den Hintergrund getreten, verschiedene Antidiskriminierungskämpfe in den Vordergrund.

**Identitätspolitische Verortungen im extrem linken und extrem rechten Spektrum**

Ein weiterer Kritikpunkt zielt auf den Antiindividualismus und Antiuniversalismus, die linksidentitären Konzepten von Antirassismus, „kritischem Weißsein“ und „kultureller Aneignung“ inne sind. Es gebe einen Antirassismus, der eine gleiche Behandlung einfordere. Und einen Antirassismus, der eine besondere Behandlung von Identitäten einfordere. Ersterer sei universalistisch. Letzterer identitär. Ersterer wende sich gegen Vorurteile und Schubladendenken. Letzterer geht davon aus, dass die weiße Mehrheitsgesellschaft die rassistisch geprägte Welt und die damit einhergehenden Privilegien der Weißen gar nicht erkenne. „Dreadlocks“, Verkleidungen unterschiedlichster Art, Kunst, Mode per se werden als „kulturelle Aneignung“ gesehen.<sup>23</sup> Es ist ein Denken, das, wie Armin Pfahl-Traugher in den *perspektiven ds* schreibt, vom Einzelnen abstrahiert; es ist „pauschales Denken“<sup>24</sup> – in dem jedenfalls nicht der Einzelne im Mittelpunkt steht.

Dabei ist es nicht mehr linker Großkollektivismus, sondern identitärer Gruppenkollektivismus und radikaler Partikularismus, der sich auch im heutigen Links-extremismus finden lässt. Metaerzählungen gibt es hier nicht mehr, die Klasse wird als bloßes soziales Konstrukt aufgefasst, die Kategorien von Moral, Gerechtigkeit und Wahrheit, von Menschenrechten und Menschenwürde, von universellen Normen werden als Kategorien der „Herrschenden“ abgetan. Dahinter verberge sich das Denken in Leistung, Durchsetzung des Stärkeren und Herrschaft.<sup>25</sup>

Es ist das Antiuniverselle, das Linksidentitäre mit Rechtsidentitären teilen. „Man muss immer im Kopf behalten“, so Martin Lichtmesz, „daß die Ideologie des humanitären Universalismus sämtliche abgrenzenden Gruppenunterscheidungen für moralisch illegitim erklärt hat, es sei denn, sie werden als ‚diversity‘ benutzt, um unsere Gruppenidentität zu unterminieren.“<sup>26</sup> Lichtmesz veröffentlicht bei *Antaios* und *Sezession*, also bei einem Verlag respektive einer Zeitschrift, die zum Institut für Staatspolitik gehören, das eine „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“<sup>27</sup> ist.

„Unsere Gruppenidentität“ – das ist in der Konzeption von Lichtmesz und anderen die Ethnie: eine spezifische, in sich geschlossene, homogene Ethnie. Dabei gebe es keine Hierarchie zwischen Kulturen, Gruppen, Völkern oder Ethnien. Stattdessen konturieren die Akteure und Akteurinnen des rechtsidentitären Spektrums einen

Ethnopluralismus, in dem man Verschiedenartigkeit wertschätzt, sich darüber freut, dass die Welt aus so vielen Daseinsformen („Menschentypen“, Völkern, Kulturen, Lebensweisen, Sprachen, Landschaften und so weiter) besteht. Bloß: eine Vermischung – als unveränderlich aufgefasster – Identitäten dürfe nicht stattfinden. Die ethnokulturelle Einheit gehe vor und beispielsweise „echte“ Demokratie sei nur möglich auf Basis ethnokultureller Homogenität (womit sich Diktatur und Demokratie nicht ausschließen und eine Form identitärer Demokratie skizziert ist).<sup>28</sup>

Der Universalismus hingegen (zu der auch Liberalismus, Sozialismus, Globalismus, Kapitalismus, Christentum und die „Ideologie der Menschenrechte“ gezählt werden) sei ebenso wie die Bezugnahme auf Menschheit und Menschenwürde nur ein Mittel, um einen Einheitsmenschen zu formen und Kulturen und Völker einzuebnen. „Globalistische“ Kräfte (zum Beispiel Big-Tech-Firmen, UNO, WHO, IWF, WEF, Großkonzerne und INGOs) seien hier am Werk, die linke Agenden forcierten (genannt werden zum Beispiel Antirassismus, Feminismus, Homosexuellenrechte, aber auch internationale Kooperation gegen Hunger und Armut, Eintreten für Menschenrechte und Demokratie, Bewegungsfreiheit für Kapital, Waren, Informationen und Menschen). Damit gehe es um „innere Entnationalisierung“ und „Auflösung der Völker“, um „Bevölkerungsaustausch“.<sup>29</sup>

Rechtsidentitären geht es, wie auch Linksidentitären, um Partikulares, Einzelnes, Besonderes, in sich Homogenes – dem wird der einzelne Mensch untergeordnet. Rechtsidentitäre wie Linksidentitäre lehnen universalistisches Denken ab, werten Ideen wie Freiheit, Menschenrechte, Menschenwürde als bloße Mittel anonymer Herrschender ab, die diese zur Herrschaftsabsicherung nutzen.

**Schlussbetrachtung**

„lichtung  
manche meinen  
lechts und links  
kann man nicht verwechseln  
werch ein illtum“

Ernst Jandl: Laut und Luise. Walter, Olten 1966, S. 175.

Und so wäre es wohl auch ein „illtum“, mit Blick auf die Verortung von Identitätspolitik in der politischen Landschaft keine Verwechslungsgefahr zwischen „lechts und links“ (Ernst Jandl, lichtung, 1966) zu sehen.

Dabei ergeben sich zwei miteinander verknüpfte Gefahrenfelder. Das eine besteht in der Variante von Identitätspolitik, die sich in Parteien wie SPD, Grüne, Linkspartei und anderen gesellschaftlichen Institutionen und Akteuren identifizieren lässt: Sie parzellieren die Gesellschaft, leisten kämpferischen Gruppenidentitäten, einer „Refeudalisierung der Öffentlichkeit“<sup>30</sup> und Moralismus Vorschub. Dabei gibt es in allen Parteien Stimmen und große Strömungen, die genau davor warnen. Das zweite Gefahrenfeld geht von der „harten“ Variante im linksidentitären und rechtsidentitären Bereich aus. „Hart“, weil hier eine Auffassung von Identität besteht, die sich klar gegen freiheitlich demokratische Prinzipien wendet. Finden lässt sich diese Variante von Identitätspolitik in Vorfeld, Umfeld und Milieu der Alternative für Deutschland (AfD), wo es durch Konzepte wie „Metapolitik“, „kulturelle Hegemonie von rechts“, „Kulturkampf“, „Mosaikrechte“ in die Breite der Gesellschaft einsickern soll.<sup>31</sup>

Für Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und jene Akteure der politischen Mitte, die nicht in die auf sie angestimmten Niedergangsdiskussionen, nach der sie Heterogenitäten, Individuen, unterschiedliche Interessen nicht mehr in die Mitte binden und integrieren können, einstimmen, könnten sich zwei Aktionsbereiche anbieten.

Einer besteht in der organisatorischen Modernisierung. Hier findet bereits in allen Parteien und Institutionen viel statt mit dem Ziel, dass Mitgliedschaften besser den Bedürfnissen der Mitglieder entsprechen, Mitgliedschaft geöffnet wird, Beteiligung und Debatte erleichtert wird, Kohäsion im sogenannten vorpolitischen Raum durch pragmatische Formen der Einbindung in konkrete Politik und programmatische Debatte gestärkt wird. Letzteres mündet in das zweite Aktionsfeld: die Organisation politischer Debatte, die auch der Notwendigkeit Rechnung trägt, Grundsätze der freiheitlich demokratischen Grundordnung, der repräsentativen Demokratie (und nicht identitärdemokratische Repräsentationspolitik) sowie die Komplexität von Gesellschaft zu vermitteln und offensiv für eine Politik zu werben, in der der einzelne Mensch im Mittelpunkt steht. In dem der Kompromiss etwas Positives ist und der Unionsgedanke politisches Handeln prägt.

Endnoten

1 Joachim Raschke (1991): „Problemstau. Die Bremer Grünen und ihr Nein ohne Ja“. In: *taz*, 10.12.1991.

2 Josef Stingl (2002): „Minderheiten“. In: Winfried Becker u.a. (Hrsg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, Paderborn 2002, S. 595–596.

3 Simon Strauß (2019): „Bürgerliche Bekenntniskultur statt Identitätspolitik“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9–11/2019, S. 4–9, hier S. 4. [https://www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/APuZ\\_2019-09-11\\_online\\_v2.pdf](https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2019-09-11_online_v2.pdf) (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023).

4 Vgl. Andreas Reckwitz (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin; sowie Frank Decker (2018): Parteiendemokratie im Wandel, in: ders./Viola Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, 3. Aufl., Wiesbaden 2018, S. 3–39.

5 Wolfgang Thierse (2021): „Wieviel Identität verträgt die Gesellschaft?“ In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.02.2021.

6 Vgl. Sandra Kegel (2021): „Sex“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.02.2021.

7 Vgl. „Ich komme aus einer Welt, die mir nicht von mir erzählt hat“. In: *Süddeutsche Zeitung Magazin*, 05.02.2021.

8 Vgl. z. B. Swantje Karich: (2021) „Ich bitte Dich, mir mitzuteilen, ob mein Bleiben schädlich ist“. In: *Welt.de*, 03.03.2021. <https://www.welt.de/kultur/plus227481767/Wolfgang-Thierse-an-Saskia-Esken-Ich-bitte-Dich-mir-mitzuteilen-ob-mein-Bleiben-schaedlich-ist.html> (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023).

9 ebd.

10 Zitiert nach Hans Monath (2021): „Streit um Identitätspolitik in der SPD“. In: *Tagesspiegel.de*, 03.03.2021. <https://www.tagesspiegel.de/politik/esken-sucht-gesprach-mit-thierse--wir-schamen-uns-nicht-fur-dich-7753798.html> (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023); vgl. auch: „Wolfgang, wir stehen hinter dir“, Interview mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Queer AG der SPD, In: *Cicero*, 10.03.2021. <https://www.cicero.de/innenpolitik/spd-queer-ag-identitaetspolitik-thierse-wolfgang-faz-cancel-culture> (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023).

11 Zitiert nach Claus Christian Malzahn (2021): „Selbstzensur für grüne Häuptlinge“. In: *Welt am Sonntag*, 08.03.2021.

12 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen: Wir haben ein Vielfaltsstatut! 18.12.2020. <https://www.gruene.de/artikel/beschluss-des-vielfaltss-tatuts> (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023).

13 Zitiert nach Valerie Höhne (2021): „Die Weißen“. In: *Der Spiegel*, 02.01.2021.

14 Zitiert nach Bündnis 90/Die Grünen Berlin: Digitale Landesdelegiertenkonferenz 20. März 2021, Stunde 2:51:08. <https://www.youtube.com/watch?v=exUxzjr1e34> (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023).

15 Vgl. Helene Bubrowski (2021): „‚Indianerhäuptling‘ sagt man nicht“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.04.2021 sowie „Den Aktivisten mangelt es an Selbstreflektion“, Interview mit Helga Trüpel. In: *Cicero*, 02.04.2021. <https://www.cicero.de/innen-politik/gruene-streit-aufruf-identitaetspolitik-aktivisten-selbstreflektion/plus> (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023).

16 Vgl. Peter Unfried (2019): „Das große Missverständnis. Die Grünen. Ein Update“. In: Kursbuch 197/2019, S. 12–29, hier S. 15 f.: „Die Motive der zentralen Grünen-Gründer waren stark ökologisch geprägt und deutlich weniger ‚links‘, als man vermuten könnte. Doch als die desillusionierten und versprengten Superlinken und emanzipatorischen Minderheiten merkten, dass bei und mit den Grünen etwas zu holen war, sprangen sie auf. So wurde die grüne Partei zu einem Zusammenschluss von benachteiligten Minderheitsbewegungen, die ihre Gleichstellungsansprüche gegen einen vermeintlich moralisch minderwertigen Mainstream durchsetzen wollten und das auch in einem nicht unerheblichen Maße schafften. Ihr kultureller und emotionaler Kern ist Identitätspolitik. Mit der grünen, sprich ökologischen Frage können diese Minderheiten schwer umgehen, weil sie nicht in ihr kulturelles und moralisches Beuteschema passt.“

17 Vgl. z. B. Sabine Menkens (2021): „Grüner Widerstand gegen ‚Identitären Fundamentalismus‘“. In: *Die Welt*, 19.04.2021; Rüdiger Soldt (2021): „Quer zur grünen Tradition“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.01.2022; Oliver Georgi/Rüdiger Soldt (2023): „In Krisen muss man ins Risiko gehen“, Interview mit Winfried Kretschmann. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 09.07.2023.

18 Robert Habeck (2022): Von hier an anders. Eine politische Skizze, Köln, S. 259.

19 Vgl. Sahra Wagenknecht (2022): Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt, Frankfurt a. M., S. 39–176.

20 Ebd., S. 19.

21 Siehe dazu auch den Frankreich-Beitrag in dieser Veröffentlichung von Nino Galetti und Nele Wissmann: Identitätspolitik als Spaltpliz der Gesellschaft, S. 48 ff.

22 Vgl. Mark Lilla (2016): „The End of Identity Liberalism“. In: *New York Times*, 18.11.2016. <https://www.nytimes.com/2016/11/20/opinion/sunday/the-end-of-identity-liberalism.html> (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023): „If you are going to mention groups in America, you had better mention all of them. If you don't, those left out will notice and feel excluded. Which, as the data show, was exactly what happened with the white workingclass and those with strong religious convictions. Fully two-thirds of white voters without college degrees voted for Donald Trump, as did over 80 percent of white evangelicals.“ Zu den Ausprägungen der Identitätspolitikdebatte in den USA siehe auch den Beitrag in dieser Veröffentlichung von Paul Linarz: Identitätspolitik in den USA: Politische Polarisierung entlang der Parteilinien.

23 Vgl. insb. Caroline Fourest (2020): Generation Beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei. Über den wachsenden Einfluss linker Identitärer, Berlin.

24 Armin Pfahl-Traughber (2020): „Antiindividualismus und Antiuniversalismus als Konsequenzen. Die Gemeinsamkeiten von Identitätslinker und Identitätsrechter“. In: *perspektiven ds* 2/2020, S. 137–152, hier S. 142.

25 Vgl. Hendrik Hansen (2019): Linke und rechte Identitätspolitik. Ein Vergleich der poststrukturalistischen Wende im Linksextremismus mit dem Ethnopluralismus und Nominalismus der Neuen Rechten, in: ders. / Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (II), Brühl 2021. [https://www.hsbund.de/SharedDocs/Downloads/2\\_Zentralbereich/20\\_Referat\\_W/Publikationen/20\\_Schriften\\_Extremismus\\_Terrorismusforschung/band\\_16.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.hsbund.de/SharedDocs/Downloads/2_Zentralbereich/20_Referat_W/Publikationen/20_Schriften_Extremismus_Terrorismusforschung/band_16.pdf?__blob=publicationFile&v=6) (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023), S. 242–289, hier S. 252–273; siehe zu den Veränderungen im Linksextremismus auch pointiert Rudolf van Hüllen (2019): „Vergesst die Aufklärung!“ Ideologische Umbrüche im revolutionären Linksextremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Baden-Baden 2019, S. 59–79.

26 Martin Lichtmesz (2021): Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung, 2. Aufl., Schnellroda, S. 287.

27 Bundesamt für Verfassungsschutz: Bundesamt für Verfassungsschutz stuft „Institut für Staatspolitik“ (IfS) und „Ein Prozent e. V.“ als gesichert rechtsextremistische Bestrebungen ein, Pressemitteilung vom 26. April 2023. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2023/2023-04-26-ifs-ein-prozent.html> (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023).

28 Vgl. Uwe Backes (2018): Zum Weltbild der Neuen Rechten in Deutschland. Analysen & Argumente der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 321 / Oktober 2018, S. 4–6, <https://www.kas.de/documents/252038/4521287/Zum+Weltbild+der+Neuen+Rechten+in+Deutschland.pdf/b599f7ec-65ba-3863-9e1b-0b83a17e367c?version=1.0&t=1548416652442> (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023); vgl. auch zur Rezeption Carl Schmitts in der Neuen Rechten: Hendrik Hansen (2021): Linke und rechte Identitätspolitik. Ein Vergleich der poststrukturalistischen Wende im Linksextremismus mit dem Ethnopluralismus und Nominalismus der Neuen Rechten, in: ders./Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (II), Brühl 2021. [https://www.hsbund.de/SharedDocs/Downloads/2\\_Zentralbereich/20\\_Referat\\_W/Publikationen/20\\_Schriften\\_Extremismus\\_Terrorismusforschung/band\\_16.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.hsbund.de/SharedDocs/Downloads/2_Zentralbereich/20_Referat_W/Publikationen/20_Schriften_Extremismus_Terrorismusforschung/band_16.pdf?__blob=publicationFile&v=6) (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023), S. 242–289, S. hier 274–277.

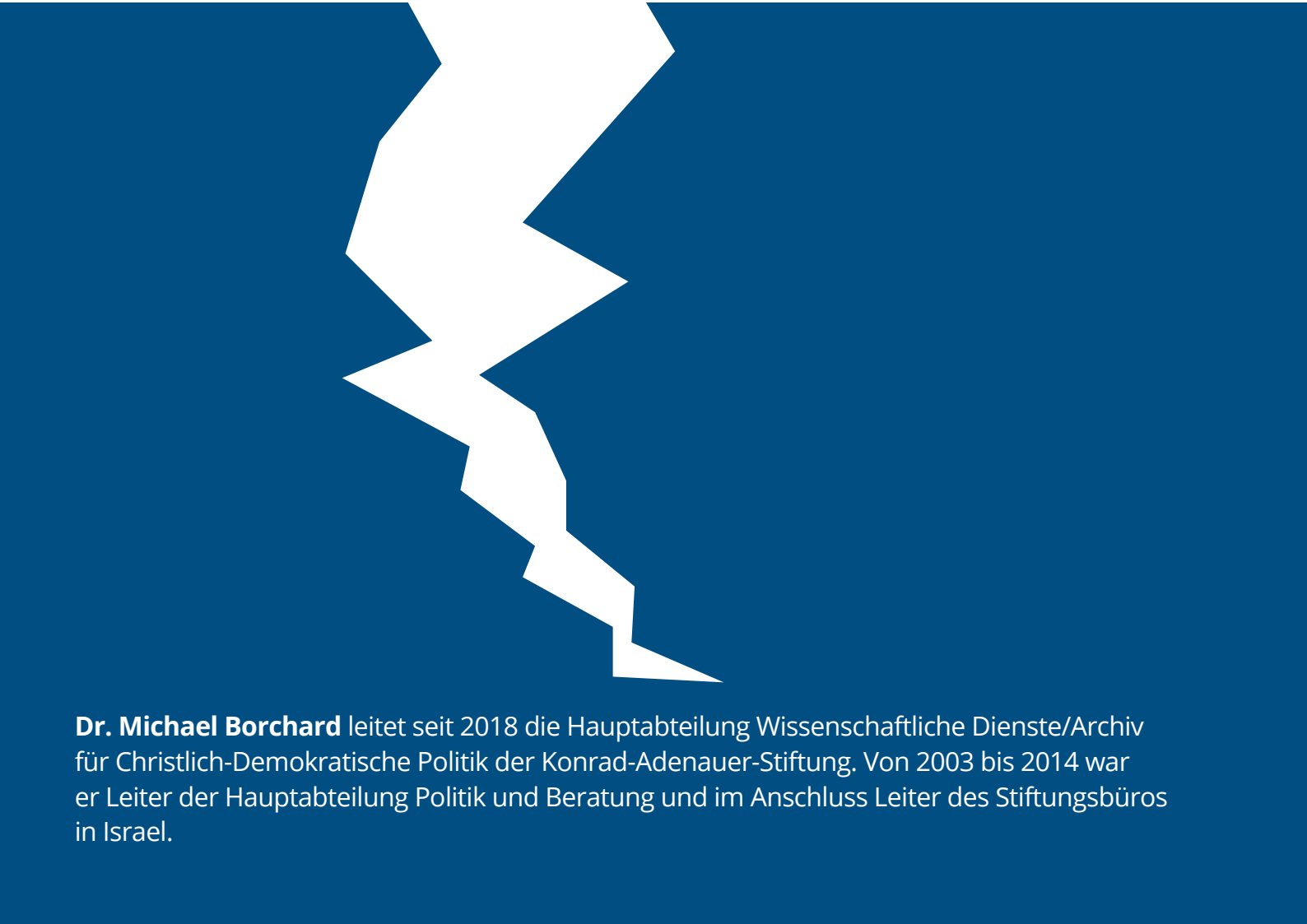
29 Vgl. Martin Lichtmesz (2021): Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung, 2. Aufl., Schnellroda, S. 15–49; siehe zum Ethnopluralismus auch Martin Sellner (2023): Die Priorität des Themas Bevölkerungsaustausch. In: Martin Lichtmesz/Martin Sellner: Bevölkerungsaustausch und Great Reset. Eine Justierung, 2. Aufl., Schnellroda, S. 14–23; Armin Pfahl-Traughber (2022): Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotenzial der Neuen Rechten, Bonn, S. 91–94.

30 Sandra Kostner/Christof Roos (2021): Identitätspolitik als neue Dynamik im Strukturwandel der Öffentlichkeit, in: Martin Seeliger/Sebastian Seignani: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? In: Leviathan, Sonderband 37/2021, S. 225–251, hier S. 239.

31 Vgl. zu den Verbindungen zwischen AfD und der extremen Neuen Rechten z. B. Bundesministerium des Innern und für Heimat: Verfassungsschutzbericht 2022, S. 91. [https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2023-06-20-verfassungsschutzbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4) (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023); siehe ferner zu den konzeptionell-strategischen Grundlagen von „Metapolitik“, „kulturelle Hegemonie von rechts“, „Kulturkampf“, „Mosaikrechte“ z. B. Götz Kubitschek (2006): „Provokation!“ In: *Sezession* Januar 2006. [https://sezession.de/wp-content/uploads/2009/07/Kubitschek\\_Provokation.pdf](https://sezession.de/wp-content/uploads/2009/07/Kubitschek_Provokation.pdf) (zuletzt aufgerufen: 21.08.2023), Thor v. Waldstein (2015): Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion, Schnellroda; François Bousquet (2022): Mut oder Wie man einen Kulturkampf inszeniert, Antaios; Benedikt Kaiser (2022): Die Partei und ihr Vorfeld, Schnellroda.

# Umstrittene Erinnerung

## Wie Identitätspolitik unseren Umgang mit der Geschichte beeinflusst



**Dr. Michael Borchard** leitet seit 2018 die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 2003 bis 2014 war er Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung und im Anschluss Leiter des Stiftungsbüros in Israel.

Zwei Wörter, die man auch als „Modewörter“ bezeichnen könnte, korrespondieren nicht ohne Grund in der öffentlichen Debatte gegenwärtig sehr häufig miteinander: „Identitätspolitik“ und „Narrativ“. Ganz gleich, ob im nationalen Rahmen, ob in der Frage der persönlichen Orientierung – es ist das Narrativ, die übergreifende Erzählung, die in ganz wesentlichem Maß Identität formt und beeinflusst. Als ein Narrativ wird in der Soziologie eine Geschichte oder Erzählung bezeichnet, die Einfluss auf das Weltbild einer Gruppe, Kultur oder Nation hat. Narrative sind nach dieser Lesart keine beliebigen Geschichten, sondern etablierte Erzählungen, die mit Legitimität versehen sind. Das ist Geschichte als Ganzes, das sind aber auch Bilder, die aus ähnlichen individuellen Erfahrungen eine Collage bilden, die eine übergreifende Botschaft ergeben kann, die Menschen verbindet. Das US-amerikanische Ideal, dass man es vom „Tellerwäscher zum Millionär“ bringen kann, ist ein ikonisches Beispiel für ein solches Narrativ. Aber auch die Geschichte selbst ist ein Narrativ und Baustein der Identität. Keine Kultur kommt ohne Geschichte aus.

Welche Rolle aber können solche Narrative, welche Rolle können zusammengehörige Einzelerfahrungen, kann aber auch die nationale und regionale Geschichte als „Identitätslieferant“ in jenen Zeiten spielen, in denen der Soziologe Andreas Reckwitz uns als eine „Gesellschaft von Singularitäten“<sup>1</sup> beschreibt, die sich fortschreitend fragmentiert? In einer solchen Gesellschaft erheben immer mehr vereinzelte Identitäten „Anspruch auf Anerkennung und Schutz, wollen sich aber nicht mehr zu einem Ganzen bekennen – außer dem Ganzen, das sie selbst zu sein meinen“<sup>2</sup>, so Simon Strauß. Ja, nicht selten wird gar der Versuch über Gesellschaft als Ganzes, als eine Einheit zu sprechen, als diskriminierend, wenigstens als vereinfachend interpretiert. Die Schriftstellerin Mithu Sanyal, die das Thema Identitätspolitik in ihrem Roman *Identitti* aufgreift, weist auf eine wichtige Ergänzung der Thesen von Reckwitz hin. Der Begriff der Identität habe sich gewandelt. Früher habe er den Sinn gehabt, der hinter dem Begriff „Individualität“ steckt. Heute bedeute das eher die Zugehörigkeit zu einer klar abgegrenzten Gruppe. Diese Gruppen wiederum beanspruchen einen hohen Grad der Deutungsmacht aus ihrer jeweils abgegrenzten Perspektive.

Die schwarzen Feministinnen, die im *Combahee River Collective Statement*<sup>3</sup> den Begriff der Identitätspolitik erstmals 1977 mitgeprägt haben, geben unumwunden zu bedenken, „dass die tiefgreifendste und potenziell radikalste Politik direkt aus unserer eigenen Identität heraus entsteht, im Gegensatz zur Arbeit für die Beendigung der Unterdrückung durch jemand anderen.“<sup>4</sup> So nachvollziehbar nach den Jahrhunderten bitterster Unterdrückung die Intention ist, die Interpretation der eigenen Geschichte und damit auch vermeintlich die eigene Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, so sehr birgt das gerade für die Geschichtswissenschaft Gefahren in sich. Die Unterzeichnerinnen des Manifestes wollten damals zwar vor allem in die Gegenwart und noch mehr die Zukunft weisen und eine andere Form des Umgangs mit Minderheiten einfordern. Aber, so der Historiker Horst Möller, „(s)elbst der radikalste Neuerer oder Revolutionär setzt sich mit dem Bestehenden und Vorangegangenen auseinander, ist in seinem Bewusstsein und Handeln also historisch bedingt. Der Geschichte können wir nicht entrinnen – diese Feststellung ist banal, aber trotzdem wahr; daher kommt es nicht darauf an, ob eine Gesellschaft sich ihrer Geschichte stellt, sondern wie sie es tut. „Erst im Gedächtnis formt sich die Wirklichkeit“, schrieb Marcel Proust.“<sup>5</sup> Das erfordert aber ein genaues Hinsehen, wer denn nun eigentlich in der Gegenwart diese Wirklichkeit in welcher Form prägt.

Hier sind in liberalen Demokratien drei Akteure am Werk: Erstens, die Geschichtswissenschaft und auch die historische Bildung, die „eine empirische, systematische, kontrollierte Rekonstruktion und Interpretation – eine auf den jeweiligen Kontext, aber auch auf Ursache und Wirkung bezogene Einordnung historischer Phänomene, Ereignisse, Personen und Entwicklungen“<sup>6</sup> vornehmen.



Zweitens die Politik, die im positiven Sinne erinnerungspolitische Entscheidungen trifft, die aber auch in ihren Ausprägungen vor der Instrumentalisierung von Geschichte nicht gefeit ist. Zwischen den Begriffen der Erinnerungspolitik oder Erinnerungskultur – die in der fortgesetzten Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur durchaus zu den großen politischen und gesellschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik gezählt werden kann – und der Geschichtspolitik, die eine politisch gewollte Instrumentalisierung betreibt – teilweise unterstützt, teilweise widersprochen von der herrschenden wissenschaftlichen Interpretation. Ein Beispiel – vor allem für letzteres – ist die geschichtsklitternde Behauptung, eine demokratische, weltoffene politische Kultur und Rechtsstaatlichkeit hätten erst seit den Ereignissen von 1968 und mit dem Paradigmenwechsel der sozialliberalen Koalition eine wirkliche Zukunft in Deutschland gehabt und nicht bereits mit der Etablierung des Parlamentarismus nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ein dritter Akteur sind die Medien, die zwischen den beiden erstgenannten Akteuren stehen. Das schließt die sozialen Medien, die bei historischen Fragen eine große Dynamik entfalten, ausdrücklich mit ein. Den Medien kommt erinnerungspolitisch eine hohe Verantwortung innerhalb des Diskurses zu: In einer Zeit, in der – wie die empirische Forschung ausweist – das historische Wissen unter den Deutschen abnimmt, können die Medien ihre Wirkmächtigkeit nutzen. Im Idealfall können sie der selektiven Wahrnehmung, der identitätspolitische Akteure nicht selten unterliegen, kritisch, konstruktiv und differenzierend entgegenreten. Damit können sie nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur historischen Bildung leisten, sondern auch zum Selbstverständnis unseres Landes beitragen. Dabei müssen sie immer darauf bedacht sein, die Gefahren der Vereinfachung, Banalisierung und ideologischen Trivialisierung zu vermeiden. Das deutet auf das multidimensionale Verhältnis hin, in dem die drei genannten Akteure zueinanderstehen. Ohne einen gewissen Grad an nationaler Erinnerungskultur, für die die Politik Verantwortung trägt, kann so etwas wie nationale Identität kaum wachsen. Entspricht die Erinnerungskultur nicht dem Stand der wissenschaftlichen Forschung wird sie kaum breite Akzeptanz finden. Und Erinnerungen verblassen, wenn sie nicht durch mediale, politische oder wissenschaftliche Aktualisierung wiederbelebt werden.

Aus dem bislang Gesagten lassen sich für das Thema Identitätspolitik und Erinnerung folgende Zwischenergebnisse ableiten: Identitätspolitik steht in der Gefahr, Geschichtsinterpretation nicht wie die Wissenschaft auf die Gesamtzusammenhänge blicken zu lassen und auch Einzelereignisse vor der Schablone eines komplexen Ereignishorizontes als Bestandteil zu betrachten. In ihrer starken Gruppenbezogenheit birgt sie vielmehr das Risiko in sich, im Gegenteil die Interessen und die Identität ihrer Gruppe zum Ausgangspunkt von geschichtlichen Betrachtungen zu machen und damit gleichsam zu überhöhen. Dieser stark gruppenbezogene Blick blendet aus, dass Identität während eines Lebens immer massiven Veränderungsprozessen unterliegt, und dass Menschen in gewisser Weise auch mehrere Identitäten in sich vereinigen, weil sie sich in einer globalisierten, pluralistischen Welt in verschiedenen Bezugskreisen bewegen. Eine identitätspolitisch motivierte Geschichtsinterpretation versucht sich aber nicht selten auf die eine konsistente (Gruppen-)Identität zu fokussieren. Sie spielt dabei nicht nur mit dem Feuer der Vereinfachung, sondern sie droht durch eine solche Verkürzung und Verabsolutierung von Identität einen totalitären Anspruch zu erheben. Das gilt besonders für jene Identitätspolitik, ohne die kein Populismus auskommen kann – von linksradikaler und rechtsradikaler Seite gleichermaßen.

Dazu gehören ferner auch die Fragmentierung und Vereinzelung von Erinnerung, die bestimmte Fakten ausklammert oder gar tabuisiert. Eine solche Verdrängung, teils auch Dekontextualisierung historischer Vorgänge, verstößt nicht nur gegen die Grundlagen der Geschichtswissenschaft, sondern wird auch einer pluralistischen

demokratischen Gesellschaft nicht gerecht. Horst Möller betont: „Man kann nicht zugleich gegen das Vergessen und *für* das Vergessen sein“<sup>7</sup>. In einer solchen Form der Erinnerungskultur muss ebenso an das völkerrechtswidrige Bombardement von Reims durch deutsche Truppen im Ersten Weltkrieg, an Guernica, an Hiroshima und die zahlreichen deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg, aber eben auch an die Hunderttausende, die bei der Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg getötet worden sind, gedacht werden können.

Nur scheinbar im Gegensatz dazu steht die identitätspolitisch beispielhaft aufgeladene Debatte um die Singularität des Holocaust. Natürlich kann keine Deutung eines historischen Ereignisses je ohne einen Vergleich auskommen. Die Frage ist eher, welcher Vergleich einen Gewinn an wissenschaftlicher Erkenntnis verspricht. So legitim es ist, Zusammenhänge zwischen dem Holocaust und den Genoziden herzustellen, die die Kolonialgeschichte mitgeprägt haben, so wenig kann man den Holocaust allein aus der Rassismus- und Kolonialgeschichte heraus erklären.

Ein anderes sprechendes Beispiel der identitätspolitischen Debatte über geschichtliche Fragen spielt sich in der Auseinandersetzung über Straßennamen ab, die in den letzten Jahren unter anderem in Berlin massiv aufgekommen ist. Dem Bonmot aus Fontanes *Stechlin* folgend „Straßenname dauert noch länger als Denkmal“ ist jede Umbenennung einer Straße ein ganz besonderer symbolischer Akt. Hier gibt es grundsätzlich zwei Positionen: Sehen die einen Straßennamen als eine Methode, um das hervorzuheben, was als Beispiel positiv und ehrenhaft ist, vertreten andere das Argument, dass auch „Straßennamen ehrlicher Ausdruck der ganzen Vergangenheit einer Gemeinschaft sein sollen, sei sie gut oder schlecht.“<sup>8</sup> Umstrittene Straßennamen – und auch beispielsweise die (Kolonialismus-)Denkmäler – haben einen buchstäblichen „Streitwert“. Wenn wir diese Kainsmale einfach entfernten, nehmen wir den gegenwärtigen und künftigen Generationen den Anlass für eine offene Debatte über die Vergangenheit und erzielen damit genau das Gegenteil von dem, was viele Befürworterinnen und Befürworter identitätspolitischer Debatten für sich in Anspruch nehmen. Konflikte gehören zum Kern der Demokratie und heutige Gewissheiten können bereits morgen in Frage gestellt werden. Die schwierigen Bestandteile der Vergangenheit zu vergegenwärtigen, das geht kaum ohne „Anstoß“ und auch nicht, ohne Komplexitäten und Widersprüche anzuerkennen.

So sehr im Übrigen in den Übergängen zu einer neuen politischen Ordnung, insbesondere von der Diktatur zur Demokratie, die Umbenennung von Straßen als Massenphänomen nachvollziehbar sind, so problematisch erscheinen Kampagnen zur Umbenennung von traditionellen Straßennamen aus identitätspolitischen Gründen. Das gilt erst recht dann, wenn in der Debatte nicht einmal der Kontext vergegenwärtigt wird, in dem der Name entstanden ist. Die Mohrenstraße in Berlin, die sich so wie die „Mohrenapotheken“ auf die „Mauren“, also auf Menschen arabischer Herkunft und nicht zuletzt auf die von ihnen perfektionierte Heilkunst würdigend bezieht – und eben nicht als Ausdruck von Kolonialismus –, ist dafür ein bezeichnendes Beispiel.<sup>9</sup> Die *Berliner Zeitung* hat dazu deutlich gemacht: „Überall gefallen sich zum Teil winzige Minderheiten mit häufig ins Abstruse gesteigerten Ansinnen darin, unter Berufung auf die politische Korrektheit und unter Betonung ihres Status als Diskriminierte und Beleidigte, Worte, Symbole, Kunstwerke zu beseitigen, zu tilgen, auszurotten. Gewöhnlich richten sich ihre Forderungen nicht auf reale Verbesserungen, sondern auf Symbolisches, dem maximales Provokationspotenzial innewohnt.“<sup>10</sup> Letzteres gibt der Sorge Ausdruck, die der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama in seinem Text *Against Identity Politics* nach dem Wahlerfolg von Donald Trump deutlich gemacht hat, dass die Tendenz der Identitätspolitik, auf kulturelle Fragen zu fokussieren, die Energie und Aufmerksamkeit von Politik ablenke, die sich eigentlich darauf konzentrieren müsse, „wie der dreißig Jahre währende Trend in den meisten liberalen Demokratien zu größerer sozioökonomischer Ungleichheit umgekehrt werden kann.“<sup>11</sup>

Für Fukuyama ist Identität und Identitätspolitik nicht per se schlecht, sondern schon über die Jahrhunderte Ausdruck unseres Strebens nach Anerkennung unserer Würde und unseres Status, womit sie vielen aktuellen politischen Phänomenen zugrunde liege. Als psychologische Gegebenheit des Menschlichen werde dies niemals verschwinden. Dieser Grundmechanismus politischer Psychologie könne in Demokratien vor allem an den linken und rechten Rändern zur Spaltung genutzt werden. Er könne aber auch zur Einigung verwendet werden, vorausgesetzt, Identitätspolitik baue eine Brücke zu einer nationalen Identität. Fukuyama verlangt von uns – gerade in Einwanderungsgesellschaften – auf den Gründungsideen der liberalen Demokratien nationale Bekenntnisidentitäten zu errichten. Dabei greift er den in Deutschland umstrittenen Begriff der Leitkultur auf, den Bassam Tibi als Glaube an demokratische Werte und Gleichheit definierte. In einer derart verstandenen Politik für eine demokratische nationale Identität spielen Geschichte und historische Bildung eine entscheidende Rolle, in Deutschland mithin auch der berechnete Stolz darauf, dass es nach dem staatlichen und moralischen Zusammenbruch gelungen ist, eine stabile Demokratie zu errichten.

Der Bezug auf die nationale Identität darf nicht in andere Extreme umschlagen. In Europa sind in Sachen Erinnerungskultur in einigen Ländern fragwürdige Tendenzen einer Renationalisierung zu beobachten, die bisweilen in eine staatlich verordnete und auch gesetzlich geregelte Verengung, ja bisweilen auch Verdrängung historischer Realitäten mündet, die wie am Beispiel Polens den Rekurs auf Kollaboration mit dem NS-Regime unter Strafe stellt. Selbst in jenen Ländern, in denen sich auch eine selbstkritische Betrachtung der Vergangenheit zeigt und keine Verdrängung am Werk ist, überwiegen eindeutig die positiven nationalen Geschichtsbilder. In Deutschland hingegen herrscht vor dem Hintergrund unserer Geschichte noch immer eine Infragestellung solcher Erzählungen vor, die die Grundlage für eine positive Identifikation mit der nationalen Geschichte ermöglichen würden. So falsch es ist, dass wir uns in Deutschland gelegentlich allzu selbstgerecht im Stolz auf die eigene Erinnerungskultur und unsere Erfolge in der Vergangenheitspolitik einrichten und darüber neue Ausprägungen des Antisemitismus übersehen, so wichtig ist es gleichwohl im Sinne einer positiven (nationalen) Identitätspolitik, die annähernd 75-jährige Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsstaat und als erfolgreiche Demokratie in den Vordergrund zu stellen. Dass diese Erfolgsgeschichte so unterbelichtet ist, führt zu gesellschaftlicher Verunsicherung und „bestätigt“ den Vertrauensverlust, den die demokratische Kultur und ihre Institutionen erleiden und damit radikalen „identitären“ Bewegungen Vorschub leistet. Ohne die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu verringern, müssen wir „(g)erade den rechtsstaatlichen, demokratischen, menschenrechtlichen Traditionen (...), die sich aus naturrechtlichen und aufklärerischen, aber auch christlichen Wertorientierungen über Jahrhunderte entwickelt haben, einen zentralen Ort in der Erinnerungskultur zuweisen. Und dafür bleibt die ständige Betonung des Gegensatzes von Diktatur und Demokratie unentbehrlich“<sup>12</sup>, fordert Horst Möller. Eine solchermaßen verstandene Erinnerungs- und Identitätspolitik wird integrative und nicht fragmentierende Kraft entfalten und lohnt deshalb jede Anstrengung.

5 Zit. n. Horst Möller (2001), Erinnerung(en), Geschichte, Identität, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/2001, S. 8.  
6 Zit. n. Horst Möller (2001), Erinnerung(en), Geschichte, Identität, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/2001, S. 10.  
7 Zit. n. Horst Möller (2001), Erinnerung(en), Geschichte, Identität, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/2001, S. 14.  
8 Zit. n. Michael Kohlstruck (2004), Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie, in: Birgit Schwelling (Hrsg.), *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft, Theorien, Methoden, Problemstellungen*, Wiesbaden 2004, S. 184.  
9 Vgl. Ulrich van der Heyden (2021), Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Der sträfliche Umgang mit der Geschichte in der deutschen Hauptstadt, in: Werner Breuning / Uwe Schaper (Hrsg.): *Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs in Berlin*. Berlin 2021, S. 259. Er schreibt wörtlich: „Es lässt sich nirgendwo nachweisen, dass in Berlin oder auf dem gesamten Territorium Preußens die Bezeichnung ‚Mohr‘ bis zur Zeit der kolonialen Aufteilung Afrikas zu Beginn der 1880er-Jahre negativ oder stark abwertend gebraucht wurde.“  
10 Zit. n. Umbenennung der Mohrenstraße: Kein Respekt gegenüber der Geschichte Berlins. In: *Berliner Zeitung*, 26.08.2016. <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/umbenennung-der-mohrenstrasse-kein-respekt-gegenueber-der-geschichte-berlins-li.39529> (zuletzt aufgerufen: 31.07.2023).  
11 Zit. n. Alexander Manguier (2023), Über die Kulturkämpfer Wokeismus. In: *Cicero.de*, 14.02.2023. <https://www.cicero.de/kultur/buch-cicero-wokeismus-leseprobe-manguier-vorwort#SnippetTab> (zuletzt aufgerufen: 31.07.2023). Vgl. außerdem: Francis Fukuyama (2018), Against Identity Politics. The New Tribalism and the Crisis of Democracy. In: *Foreignaffairs.com*, 14.08.2018. <https://www.foreignaffairs.com/articles/americas/2018-08-14/against-identity-politics-tribalism-francis-fukuyama> (zuletzt aufgerufen: 31.07.2023).  
12 Zit. Horst Möller (2018), Drohender Identitätsverlust? Entwicklung und Perspektiven der deutschen Erinnerungskultur. In: *Die Politische Meinung*. Nr. 551, Juli/August 2018, S. 26.

Endnoten

1 Vgl. Andreas Reckwitz (2017), *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Frankfurt/M. 2017.  
2 Zit. n. Simon Strauß (2019), Bürgerliche Bekenntniskultur statt Identitätspolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9–11/2019, S. 6.  
3 Vgl. das Statement hier: Combahee River Collective (1977), *The Combahee River Collective Statement*. <https://www.blackpast.org/african-american-history/combahee-river-collective-statement-1977/> (zuletzt aufgerufen: 31.07.2023).  
4 Zitiert u. a. hier: Die Entdeckung des Ich. Wie Identität und Identitätspolitik entstanden sind. In: *Deutschlandfunk.de*, 24.06.2023. <https://www.deutschlandfunk.de/identitaet-identitaetspolitik-begriff-geschichte-gegenwart-100.html> (zuletzt aufgerufen: 31.07.2023).

# Ethnische Herkunft und Identität: Die etikettierte Welt

## Warum linke und rechte Identitätspolitik Diskriminierung nicht bekämpft, sondern befördert

Ethnische Herkunft und Identität: Die etikettierte Welt • Hasnain Kazim

Eigentlich ist es ganz einfach: Beleidige niemanden wegen seiner Hautfarbe, seines Namens, seiner Kleidung, seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung, seiner Herkunft, seines Glaubens. Und lasse jeden Menschen so sein, wie er es mag. Aber tue auch nicht so, als wäre all das egal, als gäbe es keine Unterschiede. Menschen sind nun mal verschieden, das ist gut so, aber benachteilige niemanden wegen dieser Eigenschaften.

So haben wir es als Kinder gelernt, und nein, das ist nicht veraltet, sondern sollte uns immer Ziel sein: dass wir alle miteinander auskommen, unabhängig von Identitätsmerkmalen, ohne so zu tun, als gäbe es keine Unterschiede. Wir Menschen sind nun einmal nicht alle gleich, aber wir sollten uns darum bemühen, dass alle die gleichen Chancen haben im Leben. Dass wir einander respektieren. Dass wir nicht nebeneinander, sondern miteinander leben. Und dass die Freiheit darin besteht, dass man alles tun kann, was einem anderen nicht schadet; dass das vom Dichter Matthias Claudius ist und dass der Philosoph Immanuel Kant es so ähnlich formuliert hatte, erfuhren wir, wenn überhaupt, erst viel später.

Dass die Welt diesem Ideal nicht entspricht, habe ich natürlich früh zu spüren bekommen. In dem Dorf Hollern-Twielenfleth war ich, so weit ich mich erinnern kann, das einzige Kind mit dunklerer Hautfarbe. Hin und wieder, wenn wir Kinder uns stritten, bekam ich deswegen einen Spruch zu hören. „Du bist braun wie Scheiße!“, warf mir mal ein Junge an den Kopf. Das tat weh. Aber ich nahm es mir nicht allzu sehr zu Herzen, weil ich mir einredete: Jeder, jede hat sein, ihr Päckchen zu tragen, ich genauso wie der etwas dickere Freund, der Typ mit den abstehenden Ohren, der mit den vorstehenden Zähnen, das Mädchen mit den Sommersprossen und die Rothaarige.

Erst als Teenager, Anfang der Neunzigerjahre, bekam ich mit, dass Menschen wie mir eine echte Gefahr drohte: nämlich als ich in den Nachrichten sah, dass Menschen durch Straßen gejagt und verprügelt wurden, dass Extremisten Flüchtlingsheime mit Brandsätzen bewarfen und Häuser anzündeten und Menschen ermordeten. Nur weil sie etikettiert waren: „fremd“, „Ausländer“, „Gastarbeiter“, „Türke“, „Muslime“.

Die Gewalt flaute ab Mitte der 1990er-Jahre ab, aber ich lernte, dass ein bestimmtes identitätspolitisches Denken in Teilen der Gesellschaft vorherrscht, das eine Realität schafft, in der ein Maximilian eher den Mietvertrag erhält als ein Mohammed, in der es eine Anna trotz gleicher Qualifikationen leichter hat als eine Ayshe, den Job zu bekommen, und in der man mit Migrationsgeschichte, ganz allgemein, bei Erfolgen gerne Deutscher sein darf, „einer von uns“, bei Misserfolgen oder gar Fehlern aber „der Ausländer“ ist.

Es ist ein Denken, das in seiner extremsten Ausprägung ein totalitäres Weltbild formt, das bis heute in manchen – hoffentlich nur wenigen – Köpfen vorherrscht: das einer „überlegenen Rasse“, von der Notwendigkeit der „Reinheit der Rassen“, von der „Gefahr der Überfremdung“ und des „Bevölkerungsaustauschs“, verbreitet von Identitären, *White Supremacists*, Neonazis, nicht nur in Deutschland, sondern weit darüber hinaus. Dass dieses Weltbild in Deutschland auch nach dem Rückgang der Gewalt Mitte der 1990er-Jahre nie verschwunden ist, sieht man am jahrelangen unentdeckten Treiben des Terrornetzwerks „Nationalsozialistischer Untergrund“, an Anschlägen auf jüdische Einrichtungen, an Menschenjagden durch Innenstädte, an wieder brennenden Unterkünften von Geflüchteten, an den Wahlergebnissen von Rechtsextremisten.

Ich bin überzeugt – oder hoffe es jedenfalls –, dass die breite Mehrheit gegen all dies wirken möchte. Dass eine Mitte der Gesellschaft gegen Benachteiligung ist und erst

**Hasnain Kazim** studierte Politikwissenschaften und arbeitete von 2004 bis 2019 für den *Spiegel*, davon die meiste Zeit als Auslandskorrespondent mit Sitz in Islamabad, Istanbul und Wien. Seither lebt er als freier Autor und Schriftsteller in Wien.



recht gegen Gewalt. Deshalb halte ich es für richtig und wichtig, dass wir über solche Dinge diskutieren. Dass wir über Rassismus reden und Identität thematisieren. Wenn wir so tun, als gäbe es diese Probleme nicht, können wir sie auch nicht angehen.

Mein Eindruck ist, dass sich manches in dieser Hinsicht verbessert hat in Deutschland. Dass wir mehr darüber reden, dass wir mehr miteinander reden und dass, vor allem, endlich auch die Betroffenen mehr mitreden, mitbestimmen, mitgestalten. Und dass sie Gehör finden.

Mein Eindruck ist aber auch, dass manche, um ein Sprachbild zu bemühen, zunehmend übers Ziel hinausschießen. Oder, noch ein Bild, das Kind mit dem Bade auskippen. Es werden Strategien gewählt, die sich zwar gegen rechtsextreme Identitätspolitik richten, sich aber selbst einer – linken – Identitätspolitik bedienen. Diskriminierung wird mit Diskriminierung bekämpft.

Nun ist es gewiss geboten, Extremisten auszugrenzen, doch immer häufiger trifft es Menschen, die weit davon entfernt sind, extremistisch zu sein. Es werden Wege beschritten, die nicht das Ziel haben, ein gutes Miteinander zu schaffen, sondern neue Gräben auszuheben, aber nicht in Abgrenzung zu Extremisten, sondern auch zu Menschen, die in ihrem Engagement gegen menschenverachtende Ideologien durchaus auf derselben Seite stehen, aber es hier und da gewagt haben, zu widersprechen, eigene Wege zu beschreiten oder ein falsches Wort wählen. Ohne beide Lager und die Gefahren, die von ihnen ausgehen, gleichsetzen zu wollen, gilt hier wie dort: „Wenn du nicht bist wie wir, wenn du nicht denkst wie wir, wenn du nicht sprichst wie wir, dann bist du keiner von uns! Dann gehörst du ausgegrenzt und geächtet!“

Es gab zuletzt Dutzende solcher Debatten, die das deutlich machen.

Vor einiger Zeit las ich an einer Schule aus meinem Buch *Post von Karlheinz. Wütende Mails von richtigen Deutschen – und was ich ihnen antworte* und sprach über Rassismus. Sechshundert Schülerinnen und Schüler, volle Aula, aufmerksame Stimmung. Dabei gebrauchte ich die Formulierung „N-Wort“ – bis sich ein 13-jähriger zögerlich meldete und zu fragen traute: „Entschuldigen Sie, was meinen Sie eigentlich mit ‚N- Wort?‘“ Da stand ich nun. Was sollte ich tun? Ich fragte in die Runde, wer nicht wisse, was damit gemeint sei. Etwa ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler meldete sich.

Also sprach ich es aus – und ordnete es ein. Ich war ja eh schon dabei. Ich erklärte, dass das ein Wort ist, mit dem Menschen lange Zeit beschimpft wurden. Es ist ein abwertendes Wort. In Deutschland wurde es über Jahrzehnte achtlos verwendet. Ich selbst bin ein Kind der 1980er-Jahre, groß geworden in Norddeutschland. Wir haben damals nicht „Schokokuss“ oder „Schaumkuss“ gesagt. Heute wissen wir es besser. Dass es ein rassistisches, menschenverachtendes Wort ist, das schon immer Menschen verletzt hat und ja auch bewusst dazu benutzt wurde, Menschen zu verletzen.

Aber jemanden fertig zu machen, als Rassisten zu bezeichnen, der es einfach nicht besser weiß, dem es herausrutscht oder der es ausspricht oder zitiert, wenn es gerade Thema ist, halte ich für absurd. Eine Politikerin erklärte mir, ich hätte in der Schule ja auch sagen können: „Feger, nur mit N.“ Ja, das stimmt. Damit hätte ich das Wort faktisch nicht ausgesprochen. Kann man so machen. Meine Erfahrung ist nur, dass man ein Wort erst recht mystifiziert und andere dazu bringt, es zu Zwecken der Provokation zu benutzen, wenn man schon das reine Aussprechen zu einem bösen Akt erklärt. Ich bin überzeugt, dass man so eher Unverständnis und die gegenteilige Wirkung erzielt.

Wir diskutieren inzwischen allen Ernstes, ob Kinder sich noch als „Indianer“ verkleiden sollten – und ob „Indianer“ nicht ein diskriminierendes Wort sei, weil es sich um eine Zuschreibung der gewalttätigen, weißen Eroberer handele. *Native American* sei die richtige Bezeichnung, fordern manche – als ob *American* nicht auch eine Erfindung der Eroberer wäre. Und als ob irgendein *Native* beleidigt wäre, weil Kinder sich beim Fasching in Bielefeld oder Buxtehude als „Indianer“ verkleiden. Eine Berliner Grünen-Politikerin wurde fertiggemacht, weil sie gesagt hatte, als Mädchen sei es ihr Traum gewesen, „Indianerhüptling“ zu werden. Sie musste allen Ernstes öffentlich um Entschuldigung bitten. Ich wundere mich, dass denen, die das skandalisieren, nicht auffällt, welch ein Hohn das ist für die Opfer von Eroberung und Vertreibung und Gewalt. Als ob diese Verkleidungsdebatte ein Ersatz wäre für die tatsächlich dringend notwendige Aufarbeitung der blutigen und unterdrückerischen Geschichte.

Da wurde eine fertige Literaturübersetzung doch nicht veröffentlicht, weil der Übersetzer nicht, wie die Autorin, eine junge schwarze Frau war. Da wurde eine Musikerin eingeladen, weil sie als weiße Frau Rastalocken trug. Da werden Leute als rückständig hingestellt, weil sie nicht gendern. Heterosexuelle Schauspieler sollen ja nicht Homosexuelle darstellen, Ballett ist als „Bodyshaming“ zu verurteilen, Mozart und Beethoven sollte man ebenso von den Plänen streichen wie Goethe und Schiller, „Pippi Langstrumpf“ und „Jim Knopf“ gehören nach Ansicht mancher aus den Bücherregalen verbannt, „Winnetou“ und sowieso Karl May gelten als höchst problematisch. Der britische Starkoch Jamie Oliver wurde kritisiert, weil er ein jamaikanisches Gericht kochte, Miley Cyrus beschimpft, weil sie es gewagt hatte zu „twerken“, also einen Tanzstil zu verwenden, der nach Meinung der Kritiker schwarzen Frauen in Hiphop-Videos vorbehalten sei. Inspiration gilt nicht, es ist gleich „kulturelle Aneignung“.

Und wer all dem auch nur vorsichtig widerspricht, ist kein *ally* mehr – kein Verbündeter.

Ich bekomme es selbst zu spüren. Weil ich mal geschrieben habe, dass ich mich selbst nicht „PoC“ (Person of Color oder People of Color) oder „BIPoC“ (Black, Indigenous, and other People of Color) nenne, auch wenn ich nichts gegen diese Bezeichnungen habe; weil ich mal Bundeswehroffizier war und darüber schreibe; weil ich mit einer weißen (!) Frau verheiratet (!) bin. Das alles mag wie Auswüchse einer Bewegung mit ansonsten vernünftigen Zielen klingen, aber dann lese ich in einem Buch einer anerkannten und von Unternehmen viel gebuchten „Antirassismus-Trainerin“, dass es „kulturelle Aneignung“ sei, wenn weiße Menschen sich bräunten; dass es „Safe Spaces“, also Schutzräume für „PoC“ geben müsse, zu denen Weiße keinen Zutritt haben sollten; dass Weiße per se rassistisch seien und das einsehen sollten, und wenn sie es nicht täten, bräuchten sie eben noch mehr „Antirassismus-Training“.

Meine Frau kann ich also zu Hause lassen, und sie soll bloß nicht in die Sonne gehen!

Tatsächlich ist es wichtig, über Strukturen zu reden, die Menschen nach identitätspolitischen Kriterien begünstigen und andere benachteiligen; es ist notwendig, über Alltagsrassismus zu sprechen; aber all das wird ins Lächerliche gezogen und geradezu unmöglich gemacht durch postlinkes Spießertum, durch Identitätsprediger, durch groteske Forderungen und aberwitzige Theorien.

Es geht kaum mehr darum, Diskriminierung, Rassismus, Menschenverachtung entgegenzuwirken und ein besseres, zugewandtes Miteinander zu schaffen, sondern um Deutungshoheit. Dabei werden Scheindebatten geführt von Leuten, die so sehr darum bemüht sind, ja alles richtig zu machen, dass sie nicht merken, dass sie Leute zu Gegnern erklären, die wahrlich nicht das Problem sind, zum großen Teil sogar

auf ihrer Seite stehen. Frei nach dem Motto: Die wahren Feinde können wir eh nicht bekämpfen, also schaffen wir uns unsere eigenen!

Identitätspolitik gegen Identitätspolitik, Feuer gegen Feuer! Man identifiziert sich nur noch über die eigene Identität, die eigene Religion, das eigene Geschlecht, die eigene sexuelle Orientierung, die eigene Klassenzugehörigkeit, man muss das alles geradezu vor sich hertragen, Bekenntnis und Schutzschild gleichermaßen – und organisiert sich nur noch unter seinesgleichen und tritt nur noch für die eigenen Rechte ein, darauf lauernd, dass irgendjemand irgendeinen Fehler macht, ein falsches Wort sagt, die falsche Kleidung oder eine falsche Frisur trägt, ein falsches Gericht kocht oder einen falschen Tanz tanzt, um sich anschließend darauf stürzen zu können. Etikettierung als Strategie. Hauptsache, es wird etwas zum Popanz aufgebaut. Es ist grotesk. Das Gegenteil einer diskriminierungsfreien Gesellschaft. Und das in Zeiten, in denen wir wirklich alle Kräfte sinnvoll bündeln müssten gegen Gefahren, die von extremistischer Identitätspolitik ausgehen.

# Geschlecht und Identität

## Begriffliche Einordnung und aktuelle Problemfelder

### Einleitung

Die Identität eines Menschen wird maßgeblich durch sein Geschlecht bestimmt. In Deutschland erleben wir im Moment eine emotional geführte Debatte darüber, was unter Geschlecht zu verstehen ist. Im Folgenden wird die aktuelle Debatte mit einer historischen Einordnung rund um das Thema Geschlecht in Deutschland skizziert, die auch von internationalen Diskursen beeinflusst ist. Dabei werden Begriffe erläutert, Konfliktlinien aufgezeigt und aktuelle Herausforderungen analysiert.

### Geschlecht oder Gender? Worüber sprechen wir eigentlich

„Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es.“<sup>1</sup> Dieser Satz von Simone de Beauvoir aus einem der feministischen Grundlagentexte *Das andere Geschlecht*, der 1951 in deutscher Übersetzung erschien, verdeutlicht die Auffassung des Geschlechts als sozial konstruiert. „Frauen würden durch die kulturelle Auffassung ihrer Minderwertigkeit gegenüber Männern konstruiert“<sup>2</sup> und seien nicht von Geburt an und aufgrund körperlicher Eigenschaften dem Mann untergeordnet, sondern die anerzogene Rollenzuschreibung in einem patriarchalischen System degradierten sie zum zweiten beziehungsweise anderen Geschlecht. Damit wäre ihre Situation veränderbar und kein genuines Schicksal.<sup>3</sup>

Entgegen allen Behauptungen stellt de Beauvoir nicht grundlegend eine geschlechtsbedingte Differenz infrage, sondern konstatiert diese nicht als „natur-, sondern [als] kulturbedingt“<sup>4</sup>. Damit nimmt sie gewissermaßen schon eine Einteilung in biologisches und soziales Geschlecht vor. Die neue oder „zweite“ Frauenbewegung wird maßgeblich von dem Werk Simone de Beauvoirs beeinflusst.<sup>5</sup> Die Deutung von Geschlecht als sozialem Konstrukt wird zum gemeinsamen Schlüssel des Feminismus. *Das andere Geschlecht* erscheint in Frankreich im Jahr 1949 als Reaktion auf eine traditionelle Gesellschaft, die von klassischen Rollenzuschreibungen von Männern und Frauen geprägt ist. Das Wahlrecht hatten Frauen dort seit 1944.<sup>6</sup> Das Buch ist zwar von Linken wie Konservativen vehement kritisiert worden, politische Strahlkraft entfaltete es allerdings zu dieser Zeit nicht. Seine generelle Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen und an der Unterdrückung der Frau legte jedoch zwei Jahrzehnte später die Grundsteine von internationalen Frauenbewegungen, die sich seit Ende der 1960er-Jahre mobilisierten. Das Werk wird daher auch als „Bibel“ der Frauenbewegung oder des Feminismus<sup>7</sup> bezeichnet. Autorinnen, theoretische Wegbereiterinnen und Aktivistinnen<sup>8</sup> der neuen Frauenbewegung bezogen sich auf de Beauvoirs Werk.

Alice Schwarzer war ebenfalls stark durch de Beauvoir beeinflusst und transportierte ihre Erkenntnisse mit ihrem Buch *Der kleine Unterschied und seine Folgen* (1975) oder der Zeitschrift *Emma* in die westdeutsche Debatte über die Gleichberechtigung der Geschlechter. Schließlich etablierte sich seit Anfang der 1980er-Jahre die Frauenforschung als Wissenschaftsfeld. Zentraler Anknüpfungspunkt ist auch hier die von de Beauvoir konstatierte soziale Konstruktion von Geschlecht. Mit der neuen Frauenbewegung und der entsprechenden Forschung entwickelten sich die unterschiedlichen feministischen Ansätze.<sup>9</sup> „Eine wichtige Konfliktlinie entstand entlang der Frage, ob man von einer prinzipiellen Gleichheit oder einer – durchaus patriarchatskritisch gewendeten – Differenz der Geschlechter ausgehen sollte.“<sup>10</sup> Schwarzer beispielsweise vertritt, anlehnend an de Beauvoir, den Gleichheitsfeminismus, der von einer Gleichheit von Männern und Frauen ausgeht.<sup>11</sup> „Der liberale wie auch der sozialistische Gleichheitsfeminismus berief sich auf die Gleichheit aller Menschen, die trotz des Geschlechtsunterschieds gelten sollte, und forderte gleiche Rechte in Staat, Gesellschaft und Familie“<sup>12</sup>, so beispielsweise die Soziologin Ilse Lenz. Die Anhängerinnen des sozialistischen oder auch materialistischen Feminismus zielten auf eine Veränderung des kapitalistischen Systems ab, während die Verfechterinnen des liberalen Feminismus eine Durchsetzung gleicher Rechte in einer liberalen Gesellschaftsordnung einforderten. Der liberale Gleichheitsfeminismus war gesell-

**Dr. Dana Fennert** ist Politikwissenschaftlerin und seit 2021 Referentin für Gleichberechtigung und gesellschaftliche Vielfalt in der Abteilung Gesellschaftlicher Zusammenhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung.

schaftlich am meisten anerkannt.<sup>13</sup> Zudem kann er als vergleichsweise erfolgreich eingeordnet werden, denn die Fortschritte bei der Gleichberechtigung, vor allem in der Arbeitswelt, sind sein Verdienst.<sup>14</sup> Die Anhängerinnen des radikalen Feminismus strebten einen Systemumbruch an, da ihrer Auffassung nach im bestehenden System Männer als Unterdrücker und Frauen als Unterdrückte determiniert waren.<sup>15</sup>

Ungeachtet der Differenzen zwischen diesen Strömungen, galt die Kategorie der Frau und die Einforderung ihrer Rechte als zentraler Anknüpfungspunkt. Das Werk von Judith Butler, das in der deutschen Übersetzung als *Unbehagen der Geschlechter* 1991 erschienen ist, beeinflusste maßgeblich neue postmoderne feministische Strömungen, wie den Queerfeminismus.<sup>16</sup> Butler gilt als sehr einflussreiche Mitbegründerin der Queertheorie<sup>17</sup> und als „einflussreichste und zugleich radikalste Vertreterin der Gendertheorie“<sup>18</sup>. Ihr zufolge beziehe sich das soziale Geschlecht (*gender*) nicht auf das biologische Geschlecht (*sex*). Beide Kategorien, so die Philosophin, seien kulturell konstruiert. Eine naturbedingte Geschlechtscodierung existiert für Butler nicht, vielmehr werde diese diskursiv „durch die herrschenden kulturellen Machtmechanismen bestimmt“<sup>19</sup>. Damit seien auch Geschlechterdualismus und Heterosexualität<sup>20</sup> bloße Konstruktionen, die Butler zufolge durch Wiederholungen immer wieder bestätigt werden. Geschlechtsidentität kann aus ihrer Sicht deshalb ständig neu entstehen: „Denn wenn Identität und Gender performativ begründet werden, kann deren Festlegung auch durch Performanz verändert werden.“<sup>21</sup> Auch das biologische Geschlecht und damit Männer sowie Frauen seien für sie lediglich gesellschaftlich konstruiert. „Für Butler ist ‚Frau‘ keine menschliche Kategorie, sondern eine performative Inszenierung, die eine ‚gegenderte‘ Realität erzeugt.“<sup>22</sup> Geschlechtsidentität ist für sie also keine unumstößliche Kategorie.

Michaela Karl ist der Ansicht, dass Butler die Inszenierung von Geschlechtsidentitäten und ein „*critically-queer*-Sein“<sup>23</sup> als Lösung für eine zeitnahe Überwindung der festgeschriebenen binären Geschlechterordnung und für eine Auflösung des Zusammenhangs zwischen den Kategorien soziales, biologisches Geschlecht sowie sexuelles Begehren betrachtet. „*Gender-Trouble*“ würde daraus resultieren.<sup>24</sup> In den Genderstudies, die sich aus der Frauen- und Geschlechterforschung zunehmend seit Ende der 1990er-Jahre an den deutschen Universitäten etabliert haben, gilt das Buch von Judith Butler als Standardwerk. Hier gilt nicht mehr allein die Frau als Untersuchungsgegenstand, sondern das Verhältnis der Geschlechter wird entsprechend des „intersektionalen Ansatzes“ mehrdimensional untersucht. Die Humboldt-Universität zu Berlin beispielsweise definiert dementsprechend: „*Geschlecht* wird in den Gender Studies als *interdependent* verstanden, weil es als Kategorie nur im Zusammenhang mit anderen Kategorien wie ‚race‘, Ethnizität, sozialer Positionierung, Sexualität, Religion, Befähigung oder Alter analysiert werden kann“<sup>25</sup> (Hervorhebung im Original).

Der Queeraktivismus, der sich gegen eine binäre Geschlechtlichkeit und Heteronormativität wendet und die Interessen von LGBTQ-Personen<sup>26</sup> vertritt, greift ebenfalls auf den intersektionalen Ansatz zurück. Er versteht somit Diskriminierung jeweils als Überschneidung mehrerer Ebenen. Queerforschung und Queeraktivismus sind hierbei eng miteinander verwoben. Intersektionaler Queerfeminismus ist heute die dominante Strömung im Aktivismus, der sich als feministisch begreift. Dieser ist bestrebt, den liberalen Feminismus zu ersetzen. Butlers Deutung von Geschlecht als Grundlage des Queerfeminismus hat sich hier weitgehend durchgesetzt. „Die Mehrheit heutiger Feministinnen ist der Überzeugung, dass Frausein uneindeutig bleibt und sich nicht restlos definieren lässt, genauso wie Geschlecht generell“<sup>27</sup>, analysiert Antje Schrupp. Damit wird die Frauenfrage und das ursprünglich dem Feminismus eigentümliche Subjekt generell zur Disposition gestellt.

### Feminismus und aktuelle Herausforderungen

Feminismus wird heute von der politischen Linken in Anspruch genommen, der es oft nicht mehr ausdrücklich um die Verbesserung der Rechtslage von Frauen geht, sondern vielmehr um die Sichtbarmachung partikulärer Interessen von queeren Personen. Schwarzer kritisiert, dass es sogar um die Abschaffung der politischen Kategorie Frau gehe.<sup>28</sup> Sehr deutlich wird der Kampf um die Deutungshoheit im Feminismus und das Subjekt der Forderungen mit dem von der aktuellen Bundesregierung geplanten Selbstbestimmungsgesetz, das voraussetzungslos eine Änderung des Geschlechtseintrags ermöglichen soll. Schwarzer sieht in einer bedingungslosen geschlechtlichen Selbstbestimmung eine Bedrohung für frauenpolitische Errungenschaften. Beispielsweise könnten gewalttätige Männer Zutritt zu Schutzräumen *für Frauen* erlangen oder Quotenregelungen könnten ausgehebelt werden. Darüber hinaus warnt sie vor einer bestärkenden, also transaffirmativen Beeinflussung für einen Geschlechtswechsel auf Minderjährige.

Schwarzer und diejenigen, die aus medizinischer, juristischer und aus klassisch-feministischer Perspektive Folgenabschätzungen eines voraussetzungslosen selbstbestimmten Geschlechtswechsels im Personenstand thematisieren, werden von aktivistischer oder identitätspolitischer Seite häufig als „transphob“, also Transgender-Personen gegenüber diskriminierend, diffamiert. Vor allem feministische Akteurinnen, die im Sinne eines liberalen Feminismus argumentieren, werden in diesem Zusammenhang als „TERF“<sup>29</sup> bezeichnet. Thematisierungen von Problemen, die in anderen Ländern mit der Einführung von Selbstbestimmungsgesetzen aufgetreten sind, wie etwa Vergewaltigungen in eigens für Frauen bestimmten Bereichen, werden als transfeindliche Einwände zurückgewiesen.

Auch findet im Moment kein ergebnisoffener gesellschaftspolitischer Dialog statt, in dem die Gefahren, die aus einem solchen Gesetz für Minderjährige resultieren könnten, thematisiert werden. Laut dem Entwurf zum Selbstbestimmungsgesetz, der seit dem 23. August vorliegt, wird auch Minderjährigen ab 14 Jahren mit Zustimmung der Sorgeberechtigten die Möglichkeit geboten, sich „selbstbestimmt“ für eine Geschlechtsidentität zu entscheiden. Im Zweifel soll ein Familiengericht hinzugezogen werden. In den letzten Jahren ist die Anzahl von geschlechtsinkongruenten- und dysphorischen Minderjährigen immens gestiegen. Unklar bleibt, ob es sich dabei um ein Modephänomen handelt, das durch eine zunehmende mediale Berichterstattung verstärkt wird, oder, ob die mediale Aufmerksamkeit eher anspornend für die Betroffenen wirkt. Die Fachwelt konstatiert eine „soziale Ansteckung“ und spricht von einer „Rapid-Onset Gender Dysphoria“, also von einer schlagartig einsetzenden Geschlechtsdysphorie.<sup>30</sup> Optimierte Outing-Strukturen seien hingegen für Interessenverbände für diesen Anstieg verantwortlich. Als ursächlich für diesen Trend bei Minderjährigen sieht der Kinder- und Jugendpsychiater Alexander Korte eine zurückgehende Akzeptanz des traditionellen Geschlechterrollenmodells während der Pubertät:

„Die Gesellschaft darf nicht länger auf Zehenspitzen um die Tatsache herumschleichen, dass die Anzahl der sich gegengeschlechtlich identifizierenden Minderjährigen in den letzten Jahren dramatisch gestiegen ist und dass es sich weit überwiegend (zu mehr als 80 Prozent) um biologische Mädchen handelt, die meist im Rahmen einer pubertären Krise zu der oft irrigen Annahme gelangen, ‚im falschen Geschlecht‘ zu sein – vermutlich weil sie im besonderen Maße unter den Erwartungszwängen eines rigiden Geschlechterrollenmodells leiden und/oder angesichts des herrschenden Schönheit- und Schlankheitsideals größere Schwierigkeiten in der Akzeptanz ihres sich pubertätsbedingt verändernden Körpers haben.“<sup>31</sup>



Häufig seien es vor allem Jungen, denen eine Transidentität vom sozialen Umfeld suggeriert würde, da ihr Verhalten als nicht typisch für das männliche Geschlecht aufgenommen wird: „Einem Jungen, der sich nicht geschlechtsrollenkonform verhält, wird suggeriert, er sei ‚im falschen Körper‘ und eigentlich ein Mädchen. Ein solches Vorgehen nimmt den Betroffenen die Möglichkeit, den eigenen Geschlechtskörper zu akzeptieren, als Teil der eigenen Identität wertzuschätzen und gegebenenfalls die entscheidenden Erfahrungen für eine homosexuelle Identitätsfindung zu machen“<sup>32</sup>, beschreibt Korte. Für Korte ist die Pubertät eine notwendige Phase, um eine Geschlechtsidentität und eine sexuelle Orientierung zu entwickeln. Er lehnt voreilige hormonelle Behandlungen ab, da sie diese Phase stoppen und kritisiert, dass Transitionserfahrungen lediglich positiv dargestellt werden, obwohl sie nur in seltenen Fällen von den Betroffenen als zufriedenstellend empfunden werden.<sup>33</sup>

Der Psychoanalytiker Bernd Ahrbeck kritisiert in diesem Zusammenhang die Transbewegung als Interessenvertreterin transidenter Personen. Seiner Meinung nach stellt diese Transitionen lediglich positiv dar und wirkt damit transaffirmativ auf Kinder und Jugendliche ein. Minderjährige würden durch diese einseitige Darstellung von Geschlechtswechseln und geschlechtsangleichenden Operationen schon für spätere eigene Transitionsentscheidungen motiviert.<sup>34</sup> Dabei seien allerdings laut der Psychologin und Fachjournalistin Marion Sonnenmoser nur sehr wenige von den geschlechtsinkongruenten Minderjährigen de facto transsexuell, die meisten von ihnen würden sich nach der Pubertät wieder mit ihrem Geburtsgeschlecht identifizieren: „Nur bei etwa zwei bis 20 Prozent bleibt das transidente Empfinden auch in der Adoleszenz weiter bestehen, bei der Mehrzahl verliert es sich hingegen mit zunehmendem Alter.“<sup>35</sup>

Die Sozialwissenschaftlerin Marion Felder resümiert: „Ich bin überzeugt, dass die Frage, ob ein Jugendlicher wirklich einen transsexuellen Weg einschlägt, in den allermeisten Fällen erst beantwortet werden kann, wenn dieser zumindest die Pubertät durchlaufen hat. Denn da verändert sich noch einmal sehr viel.“<sup>36</sup> Für Jugendliche ist die Pubertät also essenziell für die Einwicklung einer eigenen Geschlechtsidentität, vorher lässt sich zweifelsfrei gar keine Transgeschlechtlichkeit identifizieren.

#### Vor dem Genderchaos

In Deutschland stehen sich in der politischen Debatte zwei grundlegend gegensätzliche Deutungen von Geschlecht gegenüber: Auf der einen Seite eine queerfeministische Betrachtung, die Geschlecht als bloße soziale Konstruktion versteht, unabhängig vom biologischen Geschlecht; und auf der anderen Seite eine rein biologische Deutung. Die linke Politik wirbt für das Konzept einer ausschließlich selbstbestimmten Geschlechtsidentität, wobei die populistische Rechte als prinzipieller Gendergegner die biologische Zweigeschlechtlichkeit als Kern einer naturgegebenen Ordnung von Mann und Frau instrumentalisiert. Dabei spricht sie Personen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung<sup>37</sup> und transidenten Personen eine eigenverantwortliche Identitätsfindung ab und inszeniert sich als Hüter einer traditionellen Geschlechterordnung. Beide Strömungen versuchen durch ihre Politiken öffentliche Sprachregelungen zu beeinflussen, um ihre Konzeption von Geschlecht zu repräsentieren. Während linke Politik Genderzeichen wie Genderstern oder Gendergap für die Sichtbarmachung verschiedener Geschlechtsidentitäten in der öffentlichen Kommunikation durchsetzen möchte, lehnt die populistische Rechte diese Sonderzeichen als „Gendergaga“ vehement ab.

Seit einer Änderung des Personenstandsrechts im Jahr 2018, können Personen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung, die weder dem weiblichen oder

männlichen Geschlecht zugeordnet werden können, unter Vorlage einer entsprechenden ärztlichen Bescheinigung den Personenstandseintrag „divers“ wählen oder sich zwischen den Eintragungen männlich oder weiblich entscheiden. Daneben besteht für sie die Möglichkeit der Beantragung von Vornamensänderungen sowie die Offenhaltung der Geschlechtsangabe. Transidente Personen haben im Moment lediglich die Möglichkeit, nach dem Transsexuellengesetz aus dem Jahr 1981 ihre Vornamen und Personenstandseintragungen zu ändern. Nach den Regelungen dieses Gesetzes müssen zwei Gutachten bestätigen, dass eine Person dauerhaft eine andere Geschlechtsidentität annehmen möchte. Das Selbstbestimmungsgesetz soll nun Personen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung und transidente Personen rechtlich gleichstellen. Die Absicht der Gleichstellung von transidenten, inter- und cisgeschlechtlichen<sup>38</sup> Personen ist eine verfassungsgemäße Pflicht, wie auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil 2017 feststellt: „Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG schützt nicht nur Männer vor Diskriminierungen wegen ihres männlichen Geschlechts und Frauen vor Diskriminierungen wegen ihres weiblichen Geschlechts, sondern schützt auch Menschen, die sich diesen beiden Kategorien in ihrer geschlechtlichen Identität nicht zuordnen, vor Diskriminierungen wegen dieses weder allein männlichen noch allein weiblichen Geschlechts“.<sup>39</sup> Allerdings wird mit dem geplanten Selbstbestimmungsgesetz und der damit verbundenen voraussetzungslosen personenstandsrechtlichen Zuordnung des Geschlechts weitere Diskriminierung insbesondere von Frauen, Minderjährigen, transidenten sowie intersexuellen Personen ermöglicht und ein Szenario eines wie von Butler beschriebenen „*Gender-Troubles*“ sehr wahrscheinlich. Denn eine voraussetzungslose selbstbestimmte Geschlechtsidentität, die von keiner staatlichen Instanz verifiziert wird, kann eine Bedrohung für Frauenrechte darstellen und konterkariert gerade eine geschlechtliche Selbstbestimmung von Minderjährigen, da ihnen schon mit 14 Jahren, und damit vor der für die Geschlechtsidentität notwendigen Phase der Pubertät suggeriert wird, sie könnten sich frei für eine Geschlechtsidentität entscheiden. Das geplante Selbstbestimmungsgesetz ermöglicht erneute Diskriminierung von Personen, die intersexuell oder transident sind und Zugang zu geschlechtsspezifischen Angeboten suchen,<sup>40</sup> denn im Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Selbstbestimmungsgesetz heißt es: „Betreffend den Zugang zu Einrichtungen und Räumen sowie die Teilnahme an Veranstaltungen bleiben die Vertragsfreiheit und das Hausrecht des jeweiligen Eigentümers oder Besitzers sowie das Recht juristischer Personen, ihre Angelegenheiten durch Satzung zu regeln, unberührt.“<sup>41</sup> Die aktuelle Bundesregierung hat sich bisher nicht mit diesen neuen Diskriminierungsszenarien hinreichend befasst. Sie gibt bisher keine diesbezüglichen Antworten und wird damit selbst zum identitätspolitischen, queerfeministischen Akteur.

Die Christdemokratie sollte entsprechend ihres Menschenbildes einen Beitrag zur Gleichberechtigung von Personen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung, transidenten und cisgeschlechtlichen Personen leisten. Minderjährige müssen entsprechend ihrer Bedürfnisse besonders vor irreversiblen Entscheidungen geschützt werden, damit sie eine eigenverantwortliche Geschlechtsidentität entwickeln können. Zudem sollte die Christdemokratie dafür Sorge tragen, dass Missbrauch besonders von frauenpolitischen Errungenschaften im Zuge von voraussetzungslosen Änderungen des Personenstandseintrags vorgebeugt wird. Die personenstandsrechtliche Änderung des Geschlechts sollte demnach weiterhin an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden, zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Ausbildung einer selbstbestimmten Geschlechtsidentität.

Endnoten

1 Simone de Beauvoir (1951): Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau. Rowohlt, Hamburg, S. 265.

2 Helen Pluckrose/James Lindsay: Zynische Theorien (2022): Wie aktivistische Wissenschaft Race, Gender und Identität über alles stellt – und warum das niemandem nützt. C.H. Beck, München, S. 161.

3 Vgl. Imke Schmincke (2019): Wie „Das andere Geschlecht“ zu einer „Bibel“ des Feminismus wurde. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. „Das andere Geschlecht“, 69. Jahrgang, 51/2019, 16. Dezember 2019, S. 24–29, hier S. 27.

4 Simone de Beauvoir zitiert nach Imke Schmincke: Wie „Das andere Geschlecht“ zu einer „Bibel“ des Feminismus wurde. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. „Das andere Geschlecht“, 69. Jahrgang, 51/2019, 16. Dezember 2019, S. 24–29, hier S. 25.

5 Die erste Welle der Frauenbewegung war maßgeblich von der Französischen Revolution geprägt und durch die Forderung für gleiche Rechte von Frauen und Männer von Olympe de Gouges in Frankreich initiiert.

6 In Deutschland besitzen Frauen seit 1918 das aktive sowie passive Wahlrecht.

7 Vgl. Imke Schmincke: Wie „Das andere Geschlecht“ zu einer „Bibel“ des Feminismus wurde. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. „Das andere Geschlecht“, 69. Jahrgang, 51/2019, 16. Dezember 2019, S. 24–29, hier S. 24.

8 Zu dieser Zeit waren vornehmlich Frauen in Frauenbewegungen mobilisiert und auch die Frauenforschung war durch Frauen besetzt.

9 Vgl. Imke Schmincke: Wie „Das andere Geschlecht“ zu einer „Bibel“ des Feminismus wurde. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. „Das andere Geschlecht“, 69. Jahrgang, 51/2019, 16. Dezember 2019, S. 24–29, hier S. 29.

10 Imke Schmincke (2019): Wie „Das andere Geschlecht“ zu einer „Bibel“ des Feminismus wurde. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. „Das andere Geschlecht“, 69. Jahrgang, 51/2019, 16. Dezember 2019, S. 24–29, hier S. 29.

11 Vgl. ebd.

12 Ilse Lenz (2022): Das Konzert der Ismen. In: *Zeitzeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft*, 23. Jahrgang, 6/ 2022, S. 22–24, hier S. 22 f.

13 Vgl. Helen Pluckrose/James Lindsay (2022): Zynische Theorien: Wie aktivistische Wissenschaft Race, Gender und Identität über alles stellt – und warum das niemandem nützt. C.H. Beck, München, S. 158.

14 Vgl. ebd.

15 Vgl. ebd.

16 Queer bedeutet „schräg“ oder „seltsam“ und ist ursprünglich für die Diffamierung von Homosexuellen verwendet worden. Heute ist es die Sammelbezeichnung für Personen, die eine binäre Geschlechternorm sowie Heterosexualität als Norm ablehnen und wird auch synonym für die LGBTQ-Bewegung verwendet. Dabei bezieht das Akronym folgende sexuelle und geschlechtliche Identitätszuschreibungen ein: Lesbian (lesbisch), Gay (schwul), Bisexuell, Transgender und Queer. Queer ist allerdings kein festgelegter Begriff, sondern kann im Sinne Butlers immer wieder neu definiert und von verschiedenen Gruppen verwendet werden.

17 Vgl. ebd. 114.

18 Vgl. Michaela Karl (2011): Die Geschichte der Frauenbewegung, Reclam, Stuttgart, S. 239.

19 ebd.

20 Geschlechterdualismus und Heterosexualität werden als zusammenhängende gesellschaftlich konstruierte Norm in der Queertheorie verstanden.

21 Vgl. Michaela Karl (2011): Die Geschichte der Frauenbewegung, Reclam, Stuttgart, S. 240.

22 Vgl. Helen Pluckrose/James Lindsay (2022): Zynische Theorien: Wie aktivistische Wissenschaft Race, Gender und Identität über alles stellt - und warum das niemandem nützt. C.H. Beck, München, S. 57.

23 Vgl. Michaela Karl (2011): Die Geschichte der Frauenbewegung, Reclam, Stuttgart, S. 240.

24 Vgl. Michaela Karl (2011): Die Geschichte der Frauenbewegung, Reclam, Stuttgart, S. 240.

25 Humboldt-Universität zu Berlin: Geschlechterstudien / Gender Studies. <https://www.hu-berlin.de/de/studium/beratung/angebot/sgb/gender> (zuletzt aufgerufen: 12.07.2023).

26 Siehe FN 16.

27 Antje Schrupp (2022): Maximale Freiheit. In: *Zeitzeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft*, 23. Jahrgang, 6/ 2022, S. 32–34, hier S. 34.

28 Zitiert nach Jan Feddersen/Philipp Gessler (2021): Kampf der Identitäten. Ch. Links Verlag, Berlin, S. 146.

29 TERF: trans\*exclusionary radical feminist – trans\*ausschließende, radikale Feministin.

30 Vgl. Ben Krischke (2022), „Kulturkampf ums Geschlecht“. In: *Cicero*, 08/2022, S. 16–25, hier S. 20 ff.

31 Alexander Korte (2022), „Kehren wir zurück zu einem Dialog – dem Kindeswohl und der Wissenschaft zuliebe“, In: *Die Welt*, 22.06.2022. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article239506163/Transgender-Debatte-Kehren-wir-zurueck-zu-einem-Dialog.html> (zuletzt aufgerufen: 12.07.2023).

32 Ebd.

33 Alexander Korte im Interview mit Jan Feddersen/Kaija Kutter: „Jugendpsychiater über Transidentität“. In: *taz*, 02.05.22. <https://taz.de/Jugendpsychiater-ueber-Transidentitaet/!5845336/> (zuletzt aufgerufen: 12.07.2023).

34 Bernd Ahrbeck zitiert nach Ben Krischke (2022), „Kulturkampf ums Geschlecht“. In: *Cicero*, 08/2022, S. 16–25, hier S. 22 f.

35 Marion Sonnenmoser (2020), „Transidentität bei Kindern und Jugendlichen: Im falschen Körper geboren“. In: *Deutsches Ärzteblatt*, 9/2020, S. 403–405, hier S. 403.

36 Marion Felder zitiert nach Ben Krischke (2022), „Kulturkampf ums Geschlecht“. In: *Cicero*, 08/2022, S. 16–25, hier S. 22.

37 Personen, die aufgrund ihrer körperlichen Eigenschaften nicht eindeutig dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet werden können.

38 Personen, die sich mit ihrem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren.

39 Bundesverfassungsgericht: Beschluss vom 10.10.2017, Az. 1 BvR 2019/16. [https://www.bundesverfassungsgericht.de/Shared-Docs/Entscheidungen/DE/2017/10/rs20171010\\_1bvr201916.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/Shared-Docs/Entscheidungen/DE/2017/10/rs20171010_1bvr201916.html) (zuletzt aufgerufen: 24.08.2023).

40 Vgl. Judith Froese (2023), „Selbstbestimmung als Fremdbestimmung“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.06.2023, Nr. 148, S. 7.

41 Bundesregierung: Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 23.08.2023. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/229616/b4f835d1a1da28f1ef51552846f1e20a/gesetzentwurf-kabinett-data.pdf> (zuletzt aufgerufen: 24.08.2023).



# Identitätspolitik in den USA

## Politische Polarisierung entlang der Parteilinien

Identitätspolitik existiert seit der Gründung der Vereinigten Staaten. Der Begriff selbst kam erst Ende der 1970er-Jahre auf. Mit ihren Forderungen nach Gleichberechtigung wollten prominente Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler damals die (identitätspolitischen) Lager eigentlich zusammenbringen. So hob Martin Luther King Jr. auf die Verfassung und die Unabhängigkeitserklärung ab, als er vom unveräußerlichen Recht aller Menschen („yes, black men as well as white men“) auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück sprach. Noch 2004 versicherte auch Barack Obama: „*There's not a black America and white America and Latino America and Asian America; there's the United States of America.*“

Progressive Akademikerinnen und Akademiker, Aktivistinnen und Aktivisten sahen dies aber längst anders: Zunehmend warfen sie den Republikanern, der *Grand Old Party* (GOP), nicht mehr nur vor, sich „farbenblind“ allen Initiativen zur Unterstützung der schwarzen Bevölkerungsminderheit zu verstellen, sondern auch „gruppenblind“ zu sein. Rassismus, Ungleichheit und Benachteiligung seien nur dadurch zu überwinden, dass Bevölkerungsgruppen mit ihren jeweiligen Identitäten, Strukturen und Bedürfnissen in ihrer Unterschiedlichkeit anerkannt und entsprechend behandelt werden. Übergreifende, um Ausgleich und Gemeinsamkeiten bemühte Ansätze konnten schon in den späten 1990er-Jahren gerade unter jungen Progressiven nicht mehr verfangen.

### Debatten um Privilegien und „Balkanisierung“

Weiß konservativ US-Amerikanerinnen und -Amerikaner, vor allem diejenigen ohne College-Abschluss und mit niedrigerem Einkommen, fühlen sich, da nach eigener Überzeugung keineswegs „privilegiert“, von den identitätspolitischen Positionen progressiver Aktivistinnen und Aktivisten zu Unrecht an den Pranger gestellt. Zwangsläufig rücken die Forderungen nach einem Primat der Gruppenidentität aber nicht nur die Republikaner ins Rampenlicht: Weiß protestantische Männer haben auch bei den Demokraten seit der Gründung der USA den Ton angegeben. Selbst Bernie Sanders musste sich wegen seines Parkas und seiner farbenfrohen Fäustlinge bei der Inauguration von Präsident Biden „white privilege, male privilege and class privilege“ vorwerfen lassen.

Was hätte Martin Luther King Jr. wohl dazu gesagt, dass Studentinnen und Studenten – auf deren eigenen Wunsch hin! – heute in mehreren Universitäten der USA wieder getrennt nach Hautfarbe in den Studierendenheimen untergebracht werden. Mindestens 75 Colleges veranstalten für weiße und schwarze Studentinnen und Studenten getrennte Abschlussfeiern. Auch Angehörige der LGBTQ-Community, „Latinx“-Studentinnen und -Studenten sowie andere Gruppen wollen bei der feierlichen Zeugnisübergabe vielerorts lieber unter sich bleiben. Kritikerinnen und Kritiker befürchten inzwischen eine „Balkanisierung“ der Campus-Landschaft. Hier soll es aber nicht um die unzähligen, fast täglich an immer neuen Fronten ausgefochtenen identitätspolitischen Scharmützel gehen, sondern um die Frage, auf welchen gesellschaftlichen und politischen Boden der Kulturkampf (*culture war*) fällt und wie die Parteien damit umgehen.

### Geschärfte Parteiprofile und Wähleridentitäten

Heute kann man sich fast nicht mehr vorstellen, dass bis in die 1950er-Jahre des letzten Jahrhunderts die Hälfte aller weißen Stimmberechtigten die Republikaner und die andere Hälfte die Demokraten wählte. Für Schwarze, Männer, Katholikinnen und Katholiken sowie Gewerkschaftsmitglieder galt dies analog. Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler forderten damals, dass sich die beiden Parteien dringend um ein schärferes, für die Wählerinnen und Wähler klar abgrenzbares Profil bemühen sollten. Dann kamen die Frauenbewegung, die Bürgerrechtsbewegung, Präsident Nixon mit seiner *Southern Strategy* (einer parteipolitischen Fokussierung auf weiße konservative Wählerinnen und Wähler in den Südstaaten), die Debatte um das Recht auf

**Paul Linnarz** hat Geschichte und Volkswirtschaftslehre studiert und leitet seit 2018 das Länderprojekt USA der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Washington, D.C. Zuvor war er von 2016 bis 2018 Leiter der Abteilung Politikdialog und Analyse.

Abtreibung sowie der *War on Drugs*. Bereits im Zuge der damit einhergehenden Debatten und parteipolitischen Positionierungen zeigten sich Polarisierungstendenzen. Schließlich konnte in den 1990er-Jahren eine deutliche Abgrenzung beider Parteien festgestellt werden: Die GOP und ihr Wahlvolk wurden, grob gesagt, weißer, (seit Reagan) religiöser, älter, ländlicher, männlicher, weniger wohlhabend und gewannen im Süden. Bei den Demokraten war die Entwicklung hingegen hin zu weiblicher, jünger, diverser, akademischer und weniger religiös. Sie gewannen zudem zunehmend in den Städten.

Wenn man so will, konnte die Republikanische Partei nach diesen Verschiebungen ihre Ideologie festigen, während die Demokratische Partei ihre Vorstellungen verteidigen musste. Dabei hatten die Republikaner schon aufgrund des Wahlsystems (allen voran für den Senat) mehr Möglichkeiten, sich mit ihren Forderungen deutlich rechts von der Mitte zu positionieren (*Tea-Party*-Bewegung). Stattdessen mussten sich die Demokraten in viel stärkerem Maße immer auch um die moderaten Stimmen rechts und links der Mitte bemühen.

### Tiefe und breite Gräben entlang der parteipolitischen Linien

Egal, wonach die Demoskopinnen und Demoskopen fragen: Nirgendwo verlaufen zwischen den Meinungsspektren innerhalb der US-amerikanischen Gesellschaft tiefere und breitere Gräben als entlang der parteipolitischen Linien. Zwar bestehen bei Wertvorstellungen, in der Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unterschiedliche Meinungen auch zwischen Jung und Alt, Schwarz und Weiß, Arm und Reich et cetera. Umfragen belegen aber seit Jahren, dass die verschiedenen Positionen besonders weit voneinander abweichen, wenn nach Anhängerinnen und Anhängern der Republikaner und der Demokraten unterschieden wird. Nur bei sehr wenigen Themen (zum Beispiel China, Terrorismus) vertreten die Bürgerinnen und Bürger unabhängig davon, welche Partei sie wählen, weitgehend übereinstimmende Positionen.

Die „soziale Sortierung“ (*social sorting*) und das Auseinanderdriften der *moving mountains* mit der Folge, dass zwischen Konservativen und Liberalen immer weniger Überlappung besteht, ist keine neue Entwicklung. Sie hat nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten aber deutlich an Fahrt aufgenommen. Bei der Festlegung auf eine geeignete Schule und beim Kauf eines Hauses fragen demokratische wie republikanische Eltern die Schuldirektorinnen und -direktoren, die Immobilienmaklerinnen und -makler mittlerweile, wie in den betreffenden Wohnvierteln gewählt wird, damit weder für die Kinder noch mit der Nachbarschaft wegen abweichender politischer Überzeugungen Probleme drohen.

In den umkämpften Wahlkreisen, in denen Donald Trump 2020 entweder knapp gewonnen oder verloren hatte, wo mithin Demokraten und Republikaner „nebeneinander“ leben, ist die Zahl der Vorfälle, bei denen sich Eltern aus politischen Gründen über Unterrichtsmaterialien in den Schulen beschwerten, zwischen 2018 und 2022 um 23 Prozent gestiegen und nahmen Vorfälle, bei denen LGBTQ-Schülerinnen und -Schüler von ihren Mitschülerinnen und Mitschülern verbal angegangen wurden, um 22 Prozent zu. In sicher demokratischen beziehungsweise republikanischen Wahlkreisen gab es zwar auch mehr Konflikte mit den Eltern oder zwischen den Schülerinnen und Schülern, aber längst nicht in diesem Ausmaß.

### Parteizugehörigkeit als „Mega-Identität“

Die ideologischen Blasen und politisch homogenen Freundschaftskreise (auch in den sozialen Medien) verfestigen die Polarisierung und den *tribalism*. Parteipolitische Überzeugungen sind für die registrierten Wählerinnen und Wähler die neue „Mega-Identität“. Nur 16 Wahlkreise stimmten 2020 mehrheitlich für den Präsidentschaftskandidaten der einen Partei und gleichzeitig bei der Wahl zum Repräsentantenhaus für eine Kandidatin oder einen Kandidaten der Gegenpartei.

Für das Abstimmungsergebnis im Repräsentantenhaus waren bei den Zwischenwahlen im letzten Jahr nur wenige tausend Stimmen in besonders umkämpften Wahlkreisen ausschlaggebend. In nicht mehr als 30 der 435 Wahlkreise gewann eine Kandidatin oder ein Kandidat der Parteien mit weniger als vier Prozent Vorsprung. Nur neun Abgeordnete verpassten bei den *midterms* ihre Wiederwahl und mussten ihr Mandat an die Gegenkandidatin oder den Gegenkandidaten der anderen Partei abtreten. In den meisten Wahlkreisen stand das Ergebnis schon vor der Abstimmung, häufig bereits bei den Vorwahlentscheidungen, mehr oder weniger fest.

Die Zahl der sicheren Wahlkreise, in denen entweder die Republikanische oder die Demokratische Partei mit wenigstens 20 Prozent vorn lagen, ist zwischen 2018 und 2022 von 265 auf jetzt 291 gestiegen. In 35 sicheren Wahlkreisen ging die Partei mit den geringeren Erfolgsaussichten nicht einmal mit einem Gegenkandidaten ins Rennen.

### „Sichere“ Wahlkreise durch *gerrymandering* und *social sorting*

Folge dieser Wahlkreiskonsolidierung ist das bereits oben beschriebene *social sorting* (oder auch: *The Big Sort*) nach parteipolitischen Präferenzen. So beklagt der für die Demokraten wichtige Bundesstaat Wisconsin, dass in zunehmendem Maße vor allem gut ausgebildete junge Menschen und Familien mit höherem Einkommen das Weite suchen und sich in den progressiveren Großstädten anderer Bundesstaaten, allen voran Chicago, Minneapolis und Detroit, niederlassen. Früher gehörte Wisconsin zu den nördlichen Bundesstaaten hinter der *blue wall*, wo die Demokraten verlässliche Mehrheiten fanden. Heute ist das nicht mehr garantiert.

Eine Ursache dafür, dass seit Jahren immer weniger Wahlkreise stark umkämpft sind, ist hingegen das *gerrymandering*. Da sich alle Bürgerinnen und Bürger für die Stimmabgabe registrieren lassen müssen und Datenschutz in den USA nur schwach ausgeprägt ist, „kennen“ die Parteien das Wahlvolk sehr genau und wissen, in welchem Viertel traditionell beziehungsweise voraussichtlich wie gestimmt wird. In vielen Bundesstaaten beeinflusst das nach jeder Volkszählung alle zehn Jahre den Neuzuschnitt der Wahlkreise.

### Republikanische Wahlkampfesfolge mit identitätspolitischen Schwerpunkten: Glenn Youngkin (Virginia) und Ron DeSantis (Florida)

Was aber haben die Folgen von *social sorting* und *gerrymandering* mit Identitätspolitik und Kulturkampf zu tun? Die Antwort lautet: Virginia.

Dort war die Gouverneurswahl 2021 für den Republikaner Glenn Youngkin ein Riesenerfolg! Die GOP bekam fast 40 Prozent Stimmen mehr als 2017. Sie konnte in jedem Bezirk zulegen. Der Demokrat Terry McAuliffe kam insgesamt auf Stimmenzuwächse von nur zehn Prozent. Im nordwestlichen Teil des Bundesstaates musste er im Vergleich zur Gouverneurswahl 2017 sogar Stimmen einbüßen. Zwölf Bezirke, in denen bei der Präsidentschaftswahl 2020 Joe Biden gewonnen hatte, darunter auch Vorstädte mit einem hohen schwarzen Bevölkerungsanteil, fielen ein Jahr später an die Republikaner und ihren Gouverneurskandidaten Glenn Youngkin.

Der politische Quereinsteiger hatte im Wahlkampf mit Kritik an den Einschränkungen während der Covid-19-Pandemie, darunter die Maskenpflicht an öffentlichen Schulen, und an Unterrichtsinhalten über Rassismus einen Nerv getroffen. Im Wahlkampf blieb Youngkin deutlich auf Distanz zu Donald Trump, ohne sich aber von ihm mit öffentlichen Äußerungen abzusetzen. Mit seinem Fokus auf die Bildungspolitik und seiner Forderung nach einer Stärkung der *parents' rights* im Schulwesen konnte er auf diese Weise sowohl die Trump-Anhängerinnen und -Anhänger als auch mo-

derate Republikaner und viele Unabhängige überzeugen (man kann sich als Demokrat, als Republikaner oder als Unabhängiger für die Wahlen registrieren lassen). Seine Ergebnisse in Virginia waren flächendeckend besser als die des Ex-Präsidenten im Jahr zuvor.

Floridas Gouverneur Ron DeSantis blies nur wenig später in das gleiche Horn: Weil er schulische Unterrichtsinhalte über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität gesetzlich einschränken wollte, musste der Republikaner heftige Kritik aus den Reihen seiner politischen Gegnerinnen und Gegner einstecken. Nach Umfragen fand das Gesetz in Florida jedoch breite Zustimmung. Bei der Gouverneurswahl 2022 wurde DeSantis daraufhin mit einem fulminanten Ergebnis wiedergewählt.

DeSantis schlug und schlägt im Kampf gegen *wokeism* und unter dem Motto „*protect the children*“ noch deutlichere Töne an als Glenn Youngkin. In Florida war sein Vorsprung bei den Gouverneurswahlen überdies größer als für die GOP in Virginia. Davon abzuleiten, dass die Aussicht auf einen Wahlsieg umso vielversprechender ist, je entschlossener identitätspolitische Themen ins Visier genommen werden, griffe jedoch zu kurz. DeSantis musste und muss sich in Florida nicht nur gegen die Demokraten behaupten, sondern auch und vor allem die Trump-Anhängerinnen und -Anhänger in den eigenen Reihen überzeugen und mobilisieren. Für die Gouverneurswahl in Virginia wäre das kein Erfolgsrezept gewesen. Ex-Präsident Trump findet dort unter dem GOP-Wahlvolk keineswegs ungeteilte Zustimmung. Zwar haben beide Gouverneure die Schul- und Bildungspolitik erfolgreich in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gesetzt; Youngkin war in Virginia jedoch viel stärker auf die Unterstützung der gemäßigten und unabhängigen Wählerinnen und Wähler angewiesen.

#### Identitätspolitische Themen mobilisieren Wählerinnen und Wähler

Nach den Erfolgen bei den Gouverneurswahlen in Florida und Virginia ist klar, dass die Republikaner Identitätspolitik in den Wahlkampf tragen. Das Thema mobilisiert! Schon um in den eigenen Reihen bei den *primaries* gegen Ex-Präsident Trump eine Chance zu haben, werden die parteiinternen Gegenkandidatinnen und -kandidaten dazu laut und deutlich Stellung beziehen müssen. Damit ist keineswegs gesagt, dass Identitätspolitik nach dem Nominierungsparteitag der Republikaner auch im eigentlichen Präsidentschaftswahlkampf zwangsläufig oben auf der Agenda steht. Nicht jedem Fernfahrer und jeder Fabrikarbeiterin gehen täglich Transgenderrechte durch den Kopf. Außerdem treiben „Wutthemen“ auch die Anhängerinnen und Anhänger der Gegenseite an die Wahlurnen. Für die Demokraten waren Forderungen nach drastischen Mittelkürzungen bei der Polizei („*defund the police*“) 2020 insgesamt kontraproduktiv. Von der Entscheidung des Obersten Gerichts zur Aufhebung des Abtreibungsrechts konnten sie 2022 wiederum stärker profitieren als die Republikaner. Gemäßigte und unabhängige Wählerinnen und Wähler „mitte-links“, die zum Beispiel bei der Inflationsbekämpfung mit der Biden-Administration haderten und sich deshalb vielleicht nicht an der Abstimmung beteiligt hätten, liefen nach dem Abtreibungsurteil scharenweise in die Wahllokale. Grundsätzlich können sich die Republikaner bei der Thematik aber gute Chancen ausrechnen. Dafür spricht nicht nur, dass progressive Aktivistinnen und Aktivisten mit allzu massiven Forderungen in der Gesamtbevölkerung keineswegs eine Mehrheit finden, sondern auch, dass die schwarze Minderheit auf identitätspolitische Fragen deutlich zurückhaltender reagiert.

#### Gesellschaftliche Positionierungen zu Geschlecht und Identität

Etwa 60 Prozent aller Stimmberechtigten in den USA sind dagegen, dass für Angaben zum Geschlecht neben „Mann“ und „Frau“ auf offiziellen Formularen weitere Optionen angekreuzt werden können oder dass Athletinnen und Athleten in Teams antreten, die nicht ihrem Geschlecht bei der Geburt entsprechen. Auch unter den Unabhängigen sind circa 60 Prozent der Meinung, dass über die Frage, ob jemand ein Mann oder eine Frau ist, allein das Geschlecht bei der Geburt entscheidet.

Gleichzeitig erkennen drei Viertel aller Unabhängigen an, dass transgeschlechtliche Menschen in den USA in unterschiedlichem Ausmaß Diskriminierung erfahren. Mehrheitlich sind die Unabhängigen überdies dagegen, dass Bücher über transgeschlechtliche Jugendliche aus den Schulen verbannt werden.

Während 86 Prozent der republikanischen Wählerinnen und Wähler die Auffassung vertreten, dass das Geschlecht eines Menschen mit der Geburt feststeht, stimmen dem nur 38 Prozent der Demokraten zu. Unter den demokratischen Wählerinnen und Wählern bestehen aber ebenfalls erhebliche Unterschiede: Während nur 27 Prozent der Weißen der Meinung sind, dass die Geburt über das Geschlecht entscheidet, wird die Frage von 66 Prozent der schwarzen Demokraten bejaht.

66 Prozent der stimmberechtigten Republikaner meinen, dass die Gesellschaft bei der Anerkennung transgeschlechtlicher Menschen zu weit gehe. Dieser Auffassung können sich nur 15 Prozent der Demokraten anschließen. Unter den weißen Wählerinnen und Wählern der Demokraten vertreten sogar nur elf Prozent diese Meinung. Bei den schwarzen Anhängerinnen und Anhängern der Partei sind hingegen etwas über ein Viertel davon überzeugt, die Gesellschaft gehe in dieser Frage zu weit. Parteiübergreifend sind die erwachsenen US-Amerikanerinnen und -Amerikaner bei der Anerkennung transgeschlechtlicher Menschen mit 38 Prozent Ja- („geht zu weit“) und 36 Prozent Nein-Stimmen („geht nicht weit genug“) unentschieden. Knapp ein Viertel sagt, das, was in der Frage bisher unternommen wurde, sei ausreichend.

Wichtig sind zudem die Eltern von Kindern im Kindergarten und an weiterführenden Schulen („K-12“). Danach, erstens, gefragt, ob ihre Kinder im Unterricht lernen sollten, dass jemand ein Junge oder ein Mädchen sein könne, auch wenn das Geschlecht von dem bei der Geburt abweicht, antworten 31 Prozent mit Ja. Genauso viele Eltern sprechen sich, zweitens, hingegen dafür aus, dass ihre Kinder lernen sollten, das Geschlecht stehe mit der Geburt fest. Und sogar 37 Prozent wollen, drittens, dass ihre Kinder über die Frage in der Schule nicht unterrichtet werden. Unter den Anhängerinnen und Anhängern der Republikaner findet die erste Frage nur neun Prozent Zustimmung, die zweite 44 Prozent und die dritte 46 Prozent. Unter den Demokraten sind 49 Prozent der Meinung, ihre Kinder sollten lernen, dass das Geschlecht nicht zwingend mit der Geburt feststehe, während 21 Prozent wollen, dass im Unterricht die Festlegung des Geschlechts mit der Geburt gelehrt wird. Bei den Demokraten sind überdies 28 Prozent der Auffassung, dass die Thematik in der Schule nicht behandelt werden sollte.

Erneut bestehen zwischen weißen und schwarzen Demokraten deutliche Unterschiede: Die schwarzen Anhängerinnen und Anhänger der Partei sind nicht nur ablehnender (37 Prozent), wenn es darum geht, das Thema überhaupt im Unterricht zu behandeln. Sie sind auch deutlich zurückhaltender (30 Prozent) als die weißen Demokraten (64 Prozent), wenn ihren Kindern beigebracht werden soll, nicht das Geschlecht bei Geburt entscheide darüber, ob jemand ein Junge oder Mädchen ist. Die Unterschiede unter den demokratischen Wählerinnen und Wählern haben viel damit zu tun, dass sich Schwarze bei ihren Meinungen über Geschlechtsidentität deutlich stärker (37 Prozent) als Weiße (elf Prozent) von religiösen Überzeugungen leiten lassen.

#### Kampf um die jungen Wählerinnen und Wähler

Während einerseits die Demokraten also verhindern müssen, dass ihre schwarzen Wählerinnen und Wähler sowie moderate Unabhängige links der Mitte die Seiten wechseln, bleiben für die Republikaner sowohl junge Menschen als auch Frauen die Achillesferse. Denn trotz seines Alters schnitt Joe Biden 2020 bei jungen Wählerinnen und Wählern in wichtigen *swing states* deutlich besser ab als sein republi-



kanischer Kontrahent. So konnte Biden in Arizona, Georgia und Pennsylvania zwar insgesamt mehr oder weniger knappe Mehrheiten erringen, erhielt von jungen Wählerinnen und Wählern aber deutlich mehr Stimmen als Donald Trump.

Georgia verdient wegen des überaus knappen Wahlsiegs für die Demokraten noch einen genaueren Blick: Aus der Gruppe der 18- bis 29-jährigen Stimmberechtigten haben sich dort 51 Prozent beteiligt und damit, wie in fast allen anderen Bundesstaaten, mehr als bei der Präsidentschaftswahl 2016. Joe Biden lag bei diesen jüngeren Wählerinnen und Wählern in Georgia insgesamt deutlich vor Trump, die hohe Zustimmung war jedoch keineswegs einheitlich: Zwar fand der Demokrat 90 Prozent Zustimmung bei den schwarzen Wählerinnen und Wählern der Altersgruppe, bei den gleichaltrigen weißen Stimmberechtigten lag jedoch Trump mit 62 Prozent deutlich vor seinem demokratischen Mitbewerber.

Für die USA insgesamt lag Biden bei jungen Weißen mit 51 Prozent Zustimmung nur knapp vor Trump (45 Prozent) und fand insbesondere unter den jungen schwarzen (87 Prozent), asiatischen (83 Prozent) und hispanischen (73 Prozent) Wählerinnen und Wählern deutliche Mehrheiten, genauso wie bei weißen College-Absolventinnen und Absolventen (62 Prozent). Zudem wählten ihn von den jungen weißen Wählerinnen und Wählern 13 Prozent mehr als Trump verbuchen konnte.

#### Kampf um die *single woke females*

Während sich die GOP bereits seit Jahren darum bemüht, Mütter (*soccer moms*) allen voran in den umkämpften Vorstädten und vorstädtischen Gemeinden (*exurbs*) zu erreichen, finden jetzt die *single woke females* zusätzliche Aufmerksamkeit. Damit sind ledige Frauen gemeint, die noch nie verheiratet waren. Ihr Anteil an der weiblichen Gesamtbevölkerung liegt heute bei 30 Prozent. Die Zahl der stimmberechtigten ledigen Frauen ist in den USA inzwischen fast so groß wie die Gruppe der schwarzen Wählerinnen und Wähler. Die meisten *single woke females* sind jünger (Millennials beziehungsweise Generation Y, also zwischen 1980 und 1995 geboren, und Gen Z, die bis 2010 Geborenen), gut ausgebildet, berufstätig und leben in Städten. Bei den Zwischenwahlen 2022 stimmten fast 70 Prozent der unverheirateten Frauen für die Demokraten. Nicht zuletzt dieser Wählergruppe war zu verdanken, dass im vergangenen Jahr bei den Gouverneurswahlen acht demokratische Kandidatinnen gewählt beziehungsweise im Amt bestätigt wurden. Für die Republikaner haben vier Kandidatinnen die Gouverneurswahl gewonnen.

#### Demokraten profitieren in Wahlen vom Wertegerüst der Jüngeren

Strukturell ist das Wahlverhalten der jungen Generation für die Republikaner deshalb ein Problem, weil diese Gruppe wächst. Der Anteil der Millennials und der Gen Z (oder *plurals*) an der Gesamtbevölkerung lag zum Zeitpunkt der Präsidentschaftswahl 2020 bei 41,5 Prozent, steigt bis 2024 auf 48,5 Prozent und wächst dann wenigstens bis 2036 kontinuierlich weiter auf 61,5 Prozent. Im Senat hat die GOP 2024 zwar insofern einen Vorteil, als sie nur elf Sitze verteidigen muss, während bei den Demokraten 24 Sitze auf dem Spiel stehen. Angesichts ihrer überaus knappen Mehrheit in der Parlamentskammer ist das Risiko für die Demokraten mithin größer. Andererseits konnte die Partei 2022 in entscheidenden *battleground states* auf die Unterstützung der jüngeren Wählerinnen und Wähler vertrauen: In Arizona, Georgia, New Hampshire, Nevada und Pennsylvania gewannen die demokratischen Senatskandidatinnen und -kandidaten, weil sie unter den 18- bis 44-jährigen jeweils zwischen 58 und 67 Prozent Zustimmung fanden. Im Repräsentantenhaus haben die Demokraten 2022 zwar ihre Mehrheit eingebüßt; mit nur fünf Sitzen Vorsprung war der Sieg der Republikaner aber alles andere als die erwartete *red wave*. Gebremst wurde der Erfolg der Republikaner auch in dieser Kongresskammer von der jungen Generation: 77 Prozent der *plurals* hatten demokratisch gewählt, 56 Prozent der Millennials.

Die einen argumentieren, die GOP habe unter jüngeren Wählerinnen und Wählern ein „Werteproblem“, weil sie weder für Waffenkontrolle und *school shootings*, noch für das Recht auf Abtreibung, den Klimawandel, die medizinische Versorgung und für LGBTQ-Themen passende Antworten finde. Aus den eigenen Reihen kritisieren wiederum andere, dass die Partei vor allem ein „Kommunikationsproblem“ habe. Um jüngere Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, müsse die Partei dort präsent sein, wo die Gen Z ist, nämlich auf Instagram und TikTok. Dort gehe es angesichts rückläufiger Parteibindung sowohl bei den Republikanern als auch bei den Demokraten selbst beim Klimawandel aber nicht mehr um politisch „links“ oder „rechts“, sondern darum, ob die Botschaften, erstens, als interessant und relevant ankommen, und, zweitens, ob – allen voran beim Thema „Waffengewalt“ – auch emotionale Betroffenheit deutlich wird. Nur mit Sachargumenten und ohne Empathie sei diese Wählergruppe nicht erreichbar.

Wie sehr das Wahlsystem für die USA insgesamt aber auch in den einzelnen Bundesstaaten darüber entscheidet, ob sich die Kandidatinnen und Kandidaten parteiintern und über die Parteigrenzen hinweg in heftigen Grabenkämpfen begegnen, zeigt das Beispiel Alaska. Der dünn besiedelte und überaus konservative Bundesstaat hat im Repräsentantenhaus nur einen Sitz, den, erstmals seit 50 Jahren, mit Mary Peltola eine Demokratin gewonnen hat. Ihre Gegenkandidatin war die Republikanerin Sarah Palin. Im Wahlkampf hat Peltola auf Negativwerbung gegen ihre Herausforderin verzichtet. Stattdessen versprach sie, sich für den Fischfang einzusetzen. Ihr Wahlkampfslogan lautete: „*pro-fish, pro-family, pro-freedom*“. Nach ihrer Wahl übernahm sie für ihr Kongressbüro den *Chief of Staff* ihres republikanischen (!) Vorgängers. Sarah Palin und Nick Begich, der dritte republikanische Kandidat für die Kongresswahl, lieferten sich vor den *primaries* hingegen heftige verbale Auseinandersetzungen.

Im Senat hat Alaska, wie jeder andere US-Bundesstaat, hingegen zwei Sitze. Beide Senatoren, Dan Sullivan und Lisa Murkowski, sind Republikaner. Murkowski wurde im letzten Jahr wiedergewählt und konnte sich damit parteiintern gegen die von Donald Trump favorisierte Kelly Tshibaka durchsetzen. Im Wahlkampf erklärte Murkowski öffentlich ihre Unterstützung für die Demokratin Peltola. Die beiden Kongressmitglieder verkörpern damit im Grunde das Gegenteil von dem, womit die US-Politik ansonsten für Schlagzeilen sorgt. Möglich war das wohl nur, weil Alaska im vergangenen Jahr mit knapper Mehrheit als erster Bundesstaat ein komplett offenes Vorwahlverfahren mit Ranglistenwahlen eingeführt hat. Kritikerinnen und Kritiker bemängeln, dass damit die Parteien bei der Festlegung auf ihre Kandidatinnen und Kandidaten geschwächt würden. Deshalb ist derzeit nicht damit zu rechnen, dass das Verfahren Schule macht. Gleichzeitig muss auch für die identitätspolitische Auseinandersetzung nachdenklich stimmen, dass die Wählerinnen und Wähler im sehr konservativen Alaska parteiübergreifend zwei moderate und kompromissbereite Politikerinnen auf den Schild gehoben haben.

# Identitätspolitik als Spaltpilz der Gesellschaft

Wie die Debatten um Laizität, Integration und die nationale Identität die Französische Republik prägen

Identitätspolitik als Spaltpilz der Gesellschaft • Nino Galetti und Nele Wissmann

Die Identitätspolitik ist in Frankreich Dreh- und Angelpunkt der politischen Geschichte des 19. Jahrhunderts bis hin zu aktuellen politischen Dynamiken und Diskursen, die sich vielfach als Spaltpilz der französischen Gesellschaft erweisen.

Die Auseinandersetzung mit der nationalen Identität war ein langer Prozess, der den Aufbau der Französischen Republik begleitet hat. Im gesamten 19. Jahrhundert wurde die Idee der Nation von revolutionären und demokratischen Kräften getragen. In Frankreich begleitete sie den Aufbau der Republik auf der Grundlage einer gleichermaßen universalistischen wie integrativen Idee der Nation.

Von den 1970er-Jahren bis heute ist ein Verschmelzen von Identität und Viktimisierung seitens der linken Kräfte in Frankreich auszumachen. Dabei wurde zunächst eine Identität der Maghrebener und Maghrebenerinnen der zweiten Einwanderungsgeneration beziehungsweise jener Maghrebener und Maghrebenerinnen, die in Vorstadtvierteln und prekären Verhältnissen leben, entwickelt (*beurs, banlieusards*). Sie würden eine homogene und abgeschlossene gesellschaftliche Gruppe bilden. Dies prägt nach wie vor die aktuelle Identitätsdebatte in Frankreich. Zudem kam es unter dem Eindruck der „Black Lives Matter“-Bewegung in den USA auch in Frankreich zu einer Debatte über Polizeigewalt aus rassistischen Motiven.

Heute wird Identitätspolitik aufgrund dieser Entwicklungen zwar vielfach dem politisch linken Spektrum zugeordnet, die traditionalistische oder nationalistische Rechte entnahm ihr jedoch ebenso politische Narrative. Das schlug sich in Frankreich deutlich in den Wahlkampfdebatten der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ab 2002 nieder.

Das politische Klima verschärfte sich und auch die politische Mitte muss sich mit identitätspolitischen Themen befassen.

## Identitätspolitik als Aufstand gegen den Universalismus

Vorläufer der theoretischen Abfassungen über das, was inzwischen als Identitätspolitik bezeichnet wird, sind im späten 18. Jahrhundert zu finden. Als konservative Reaktion gegen den Universalismus der Aufklärung politisierte sich der Identitätsbegriff zunehmend. Als wichtiger Vertreter des Partikularismus und einer romantischen Verehrung kultureller Identität in Frankreich ist Joseph de Maistre zu nennen. Der reaktionäre savoyardische Politikphilosoph kritisierte die Ideale, die mit den Menschenrechten verbunden sind. Er erklärte, es gebe „den Menschen an sich nicht“. „Ich habe Franzosen, Italiener und Russen kennengelernt“, so de Maistre, „aber was den Menschen betrifft, dem bin ich nie begegnet“. De Maistre erwies sich damit als dezidierter Kritiker der Gesellschaftstheorie Jean-Jacques Rousseaus.

Die später aufkommenden nationalistischen Bestrebungen sind in Frankreich sowohl in der populistischen politischen Bewegung des Boulangismus, die sich zwischen 1888 und 1890 in Frankreich um den General Georges Ernest Boulanger sammelte, als auch in der Dreyfus-Affäre, dem Skandal um den zu Unrecht beschuldigten jüdischen Hauptmann Alfred Dreyfus, der in Frankreich Ende des 19. Jahrhunderts eine Staatskrise auslöste, wiederzufinden.

Mit der Dreyfus-Affäre nahm die Revolte gegen die Moderne in Frankreich konkrete Formen an: Die Debatten machten klar, dass Frankreich im vorvergangenen Jahrhundert nicht nur eine, sondern zwei gegensätzliche politische Traditionen hervorgebracht hatte; der rationalistischen, humanistischen und individualistischen Tradition der Aufklärung und der Französischen Revolution stand um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert eine zweite politische Tradition gegenüber, die durch kulturellen, manchmal auch biologischen, rassistischen und antisemitischen Nationalismus dominiert wurde.

**Dr. Nino Galetti** ist Politikwissenschaftler und leitet seit 2020 das Auslandsbüro Italien der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 2015 bis 2020 war er Leiter des Stiftungsbüros in Frankreich, das er 2023 erneut kommissarisch führte.

**Nele Katharina Wissmann** war von 2009 bis 2016 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut français des relations internationales (Ifri) in Paris tätig. Die Politikwissenschaftlerin arbeitet seit 2016 im Auslandsbüros Frankreich der Konrad-Adenauer-Stiftung und ist dort Beauftragte für Analyse, Bilaterale und Europäische Angelegenheiten.

**Identitätspolitik als politisches Narrativ im 20. Jahrhundert**

Das Werk einer neuen Generation von Intellektuellen, die insbesondere von Maurice Barrès und Charles Maurras geprägt wurde, bildet die ideologische Grundlage für rechtsextreme politische Kräfte, die im gesamten 20. Jahrhundert den Parlamentarismus und das Modell der liberalen Demokratie in Frage stellten.

Die rechtsradikalen Ligen, die am 6. Februar 1934 in der Nähe des Abgeordnetenhauses gegen eine – aus ihrer Sicht – ineffiziente und korrupte Republik demonstrierten, wollten „Frankreich den Franzosen“ zurückgeben. Die nationale Revolution, die 1940 vom Regime des Marschalls Pétain eingeleitet wurde, zielte darauf ab, im Schatten von Nazideutschland eine französische Identität wiederherzustellen, die insbesondere vom Katholizismus sowie von den Bewohnern und Bewohnerinnen des ländlichen Raums geprägt war. Die Kompromisse, die das Vichy-Regime im Rahmen der Kollaboration mit den deutschen Besatzern machte, brachte die extreme Rechte und ihre nationalistischen und identitätsstiftenden Themen, auf die sie sich beriefen, dauerhaft in Verruf. Nach dem Zweiten Weltkrieg griff General Charles de Gaulle die nationalistische Gesinnung zwar auf, entwickelte sie aber im Rahmen des sogenannten Gaullismus zu einer Version weiter, die auf die Größe Frankreichs vertraute und mit den Werten der Republik vereinbar war.

Mit dem Niedergang des historischen Gaullismus Ende der 1960er-Jahre tauchte die identitäre extreme Rechte wieder auf, zunächst im intellektuellen Bereich. Sie stützte sich auf das Gefühl eines Niedergangs Frankreichs, der insbesondere durch den Verlust seines Kolonialreichs und die Gefahr einer kulturellen Verwässerung in einem von den USA dominierten Westeuropa gekennzeichnet war.

Auf dem ideologischen Fundament, dass die nationale Gemeinschaft Teil einer jahrtausendealten europäischen Zivilisation sei, die insbesondere durch die arabisch-muslimische Einwanderung bedroht werde, baute der 1972 vom Rechtsextremisten Jean-Marie Le Pen gegründete Front National (FN) auf, der bezeichnenderweise das Epitheton „national“ wieder in den Vordergrund rückte.

In den ersten zehn Jahren seines Bestehens gelang es dem FN zunächst nicht, aus der Randposition herauszukommen, in der sich die französische extreme Rechte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu befinden schien. Erst bei den Europawahlen 1984 gelang es ihr, sich auf der politischen Bühne zu etablieren, indem sie fast elf Prozent der Stimmen erhielt.

Dieser plötzliche Aufstieg erfolgte vor dem Hintergrund einer politischen und sozialen Krise, die insbesondere durch Massenarbeitslosigkeit, die Deindustrialisierung und eine wachsende Kluft zwischen einzelnen Gesellschaftsgruppen und den politischen Eliten gekennzeichnet war. Dem FN gelang es seither, die durch diese Krise hervorgerufenen Sorgen aufzufangen, indem er die Einwanderung zum Kristallisationspunkt der französischen Probleme macht.

Der Erfolg dieser einwanderungsfeindlichen Diskurse führte dazu, dass der FN konsequent eine identitäre und zugleich populistische Thematik weiterentwickelte, die insbesondere durch die Arbeiten des Club de l'Horloge genährt wurde. Dieser Think Tank stellte dem FN eine neue Generation von Führungskräften zur Verfügung, insbesondere Bruno Mégret, der ab 1988 die Nummer zwei der Partei war. Mégret gründete 1989 die Zeitschrift *Identité* und prägte den Begriff der „nationalen Präferenz“.

Neue extreme Gruppen wie der 2002 in Frankreich gegründete Bloc identitaire übernahmen die von Mégret vorangetriebenen Theorien und überführten sie in den aktivistischen Bereich.

**21. Jahrhundert: Einzug der Identitätspolitik in die politische Mitte**

Bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts bleibt das Thema der nationalen Identität in der französischen Politik dennoch marginal und ist auf die extreme Rechte beschränkt. Der Einzug von Jean-Marie Le Pen in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2002 verlegte die mit der Identitätspolitik verbundenen Themenbereiche jedoch zunehmend in die politische Mitte.

Im Jahr 2007 machte Nicolas Sarkozy die Schaffung eines Ministeriums für Einwanderung und nationale Identität zu einem emblematischen Vorschlag seiner Wahlkampagne, um den sich seine Konkurrenten und Konkurrentinnen, darunter auch die Sozialistin Ségolène Royal, positionieren mussten. Das Ministerium wurde infolge seines Wahlsieges im Mai 2007 geschaffen, nur drei Jahre später jedoch aufgelöst.

Die heutige Allgegenwart der Identitätsfrage im politischen Diskurs lässt sich durch eine Vielzahl von Faktoren erklären. Der Anstieg des islamistischen Terrorismus, der durch aufeinanderfolgende Wellen in Frankreich gekennzeichnet war (zunächst 1985 bis 1986, dann Mitte der 1990er-Jahre und schließlich ab 2012) und die zunehmend entstehenden religiös motivierten Parallelgesellschaften haben die politische Debatte über Einwanderung verändert. Im Mittelpunkt der Debatten stand nunmehr die christliche Prägung der französischen Identität.

Der Kampf gegen diese doppelte Bedrohung – Terrorismus und Bildung von Parallelgesellschaften – verschob die Identitätsthematik zunehmend in die Mitte und nährte neue Themen: Laizität, die zum zentralen Debattenpunkt des republikanischen Modells geworden ist, sowie Patriotismus, der laut Nicolas Sarkozy die Franzosen und Französinnen mit dem „roman national“, insbesondere in Bezug auf die koloniale Vergangenheit Frankreichs, versöhnen soll.

Die islamistischen Anschläge von 2015 haben diese Polarisierung auf Identitätsthemen nur noch verstärkt, auch wenn sie nicht unbedingt zu einer Radikalisierung der öffentlichen Meinung führen. Bei den Regionalwahlen im Dezember 2015 erreichte der Front National einen Stimmenanteil von über 27 Prozent. Staatspräsident François Hollande schlug in Reaktion auf die Anschläge vor, Personen, die wegen eines Verbrechens verurteilt wurden, das einen schweren Anschlag auf die Nation darstellt, die Staatsangehörigkeit zu entziehen. Er trat damit eine breite gesellschaftliche Debatte über die Identität der zahlreichen Franzosen und Französinnen mit doppelter Staatsbürgerschaft los.

**Identitätspolitik bei den Präsidentschaftswahlen 2017**

Sowohl das bürgerlich-konservative Lager als auch die neue bürgerlich-liberale En-Marche-Bewegung von Emmanuel Macron reagierten im Wahlkampf um die Präsidentschaft auf den zunehmend spaltenden Charakter der identitätspolitischen Agenda, der Themen der rechten Ränder zunehmend in die politische Mitte transportierte.

Bei den Vorwahlen der Républicains im Jahr 2016 stellte der ehemalige Premierminister Alain Juppé seine Kampagne bewusst unter die Einforderung einer „glücklichen Identität“ (*Identité heureuse*) und setzte sich damit von der politischen Linie Nicolas Sarkozys ab: „Ich weigere mich, eine unglückliche, ängstliche, fast neurotische Identität zu haben. Identität bedeutet für mich nicht Ausgrenzung oder Ablehnung des Anderen. Ich möchte, dass sich Identität auf Vielfalt und Einheit reimt: Respekt für unsere Vielfalt, Bestätigung unserer Einheit.“ Er konnte sich mit dieser politischen Linie jedoch nicht gegen den späteren Präsidentschaftskandidaten François Fillon durchsetzen.



Emmanuel Macron, der 2017 in der Stichwahl der Präsidentschaftswahlen gegen die Rechtspopulistin Marine Le Pen antrat, setzte auf ein bewusst europäisches Projekt, das sich vom nationalistischen Projekt des wieder aufstrebenden Front National absetzte. Auch wenn der Sieg von Macron den Wahlerfolg der rechtspopulistischen Partei stoppte, bedeutete er nicht das Ende der Aktivitäten einer identitären Bewegung in Frankreich. Die sich ab Mitte 2021 abzeichnende und Ende November offiziell angekündigte Präsidentschaftskandidatur des Essayisten Eric Zemmour übernahm die wichtigsten Vorschläge des Front National der 1990er-Jahre (Stopp der Einwanderung und der Familienzusammenführung, Nationale Präferenz, Abschaffung des *Ius Soli*), und macht sie zu Schlüsselementen eines Kampfes für die Zivilisation. Der Name, den er seiner Bewegung gab, *Reconquête*, bezieht sich ausdrücklich auf die Reconquista des arabisch-andalusischen Spaniens durch die Katholiken im Spätmittelalter.

Der Medienerfolg der Kandidatur von Eric Zemmour zeigt den Einfluss einer politischen Kultur, in der sich die Verteidigung der nationalen Identität, die Angst vor dem Fremden und insbesondere vor Muslimen und Musliminnen sowie die Angst vor dem Niedergang oder gar der Verwässerung der französischen Nation und der europäischen Zivilisation vermischen. Hierbei wird auch zunehmend das klassische politische Links-Rechts-Schema an zivilisatorischen Überlegungen ausgerichtet. Ein zentrales Beispiel ist hierfür die Debatte über das Aufkommen eines sogenannten Islamo-Gauchisme (auf Deutsch Links-Islamismus) in Frankreich. Der in den 2000er-Jahren aufgekommene Begriff, der auf eine Konvergenz zwischen Islamismus und Linksextremismus hinweist, symbolisiert heute eine politische Bruchlinie über die Ursachen des Dschihadismus. Er wurde 2002 von dem Soziologen Pierre-André Taguieff in seinem Buch *La Nouvelle Judéophobie* geprägt. Taguieff verwies in der Analyse auf die Beweggründe von linksextremen Aktivisten und Aktivistinnen, die während der zweiten Intifada Islamisten und Islamistinnen unterstützten, die den palästinensischen Nationalismus befürworteten. Der Begriff wurde später von anderen französischen Intellektuellen aufgegriffen und in den französischen Kontext übertragen.

#### **Mobilisierung des „Opferstatus“ als Marker einer „migrantischen Identität“**

Ab den 1970er-Jahren wurde Identitätspolitik jedoch auch durch das linke politische Lager adressiert. Verschiedene Bevölkerungsgruppen erklärten den Status als Opfer der Gesellschaft zu einem Kernbestandteil ihrer Identität und wurden darin vom linken Lager in ihrer Definition einer ungerechten Gesellschaft unterstützt. Exemplarisch steht hierfür in Frankreich der Begriff *beurs*, der die zweite Generation der nach Frankreich eingewanderten Maghrebener und Maghrebenerinnen bezeichnet. Der Marsch für Gleichheit und gegen Rassismus, der vom 15. Oktober bis 3. Dezember 1983 in Frankreich stattfand, wurde als *Marche des beurs* bezeichnet und kann somit als Vorläufer der späteren auch in Frankreich prominenten schwarzen Identitätspolitik der „Black Lives Matter“-Bewegung bezeichnet werden. Der *Beurs*-Begriff wandelte sich in den 1990er-Jahren zunehmend vom Opferbegriff hin zu einer positiven Selbstbezeichnung der französischen Nation als *black, blanc, beur* („schwarz, weiß, arabisch“) in Anlehnung an das *bleu, blanc, rouge* der Trikolore, der die Integration der Eingewanderten in die Französische Republik unterstreichen soll.

Die *Black Lives Matter*-Bewegung in den USA hat auch in Frankreich schwarze Identitätspolitik auf die Agenda gehoben. Die Bewegung sammelt sich in Frankreich um Assa Traoré, Schwester des 2016 in Polizeigewahrsam verstorbenen Adama Traoré. Bezüglich des Todes von Traoré herrscht bis heute ein Rechtsstreit, da nicht abschließend geklärt werden konnte, ob er durch eine Vorerkrankung oder das gewaltsame Handeln der Polizei verursacht wurde. Adama Traoré ist inzwischen zu Frankreichs George Floyd geworden und seine Schwester Assa zur Galionsfigur der Proteste gegen einen „institutionellen Rassismus“ gegen Schwarze. Einen solchen in

Frankreich nachzuweisen, ist derweil schwierig, denn Statistiken sind in Frankreich „farbenblind“: Frankreich erhebt keine „ethnischen Statistiken“. Der Zusammenhalt der Republik soll laut Artikel 1 der Verfassung unter anderem durch die Laizität und die Gleichheit aller Bürger und Bürgerinnen gesichert werden, ohne Unterscheidung nach „Herkunft, Rasse oder Religion“. Die universalistische Kultur erkennt keine Gemeinschaften an, Volkszählungen fragen also nicht nach ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder Hautfarbe. Wer dagegen verstößt, riskiert Geldstrafe oder Gefängnis. Assa Traoré war auch bei den Protestmärschen nach dem Tod eines bei einer Verkehrskontrolle erschossenen Jugendlichen in Nanterre (bei Paris) im Juni 2023 präsent. Der Tod von Nahel M. trat wie bei den Banlieue-Unruhen von 2005 eine Gewaltwelle los, die in ihrem Ausmaß jedoch deutlich die vorherigen Proteste überschritt und sich zudem nun auch gegen Mandatsträger und Mandatsträgerinnen richtete. Es verstärkte sich im Sommer 2023 der Eindruck einer vermeintlich homogenen und abgeschlossenen gesellschaftlichen Gruppe in den prekären Vorstadtvierteln, die sich nicht mehr als Teil der französischen Gesellschaft definieren.

In der „einheitlichen und unteilbaren“ (*une et indivisible*) französischen Republik unterstehen die identitätspolitischen Debatten und Diskurse also von Grund auf dem Paradoxon, dass sie im verfassungsrechtlichen Grundverständnis als solche gar keine Daseinsberechtigung haben. In den gesellschaftspolitischen Debatten der letzten Jahre haben sich identitätspolitische Ansätze als spaltend erwiesen. Gerade im Hinblick auf die 2027 anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sollte sich die politische Mitte Frankreichs auf konstruktive Weise mit den Themen Laizismus und Patriotismus auseinandersetzen, um einer Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken, der identitätspolitischen Debatte den Nährboden zu entziehen und die bindenden Werte der Republik wieder auf die Agenda zu setzen.

# Kulturkampf auf Kosten des Zusammenhalts

## Identitätspolitik als machtpolitisches Instrument der polnischen Regierung

Kulturkampf auf Kosten des Zusammenhalts • David Gregosz und Thomas Behrens

Seit einigen Jahren dominieren identitätspolitische Themen – wie in den USA, Brasilien oder Deutschland evident – auch in Polen verstärkt die politische Debatte. Dabei steht im größten europäischen Land Mittelosteuropas die politische Auseinandersetzung um Inhalte aus den Bereichen Gesellschafts-, Bildungs- und Europa-politik im Fokus. Vor allem forciert werden der Streit um Migration, die Rolle der Kirche, Frauenrechte, Abtreibung, Sexualkunde, die LGBTQ-Szene, sowie Fragen der Rechtsstaatlichkeit, Sprache und der Souveränität der eigenen Nation.

Ursächlich hierfür ist wesentlich der von autoritärem Machtinteresse geleitete Politikstil der seit 2015 regierenden Partei *Recht und Gerechtigkeit* („Prawo i Sprawiedliwość“, kurz: PiS) unter Führung von Jarosław Kaczyński. Dieser macht sich einerseits die vielerorts greifbare gesellschaftliche Verunsicherung zunutze, die sich mit Ende des Ost-West-Konflikts 1989/90 beziehungsweise seit der daran anschließenden, sozioökonomisch harten Periode der Transformation bis zu einer heute noch vielfach empfundenen Rückständigkeit gegenüber dem europäischen „Westen“ eingestellt und verstetigt hat. Andererseits dient als weiterer Anknüpfungspunkt die allgegenwärtige Spaltung des Landes – in eine offene, liberal-städtische und eine wertkonservativ-ländliche Gesellschaft, in von Modernisierungsprozessen gezeichnete, alte versus flexible, anpassungsfähigere jüngere Wähler und Wählerinnen<sup>1</sup> sowie in einen Europa fest zugewandten, boomenden Westen Polens gegenüber dem noch immer nachholungsbedürftigen polnischen Osten.

Die Politik der PiS verspricht die Festigung der souveränen polnischen Nation, die Verteidigung nationaler Traditionen und Werte sowie die Bekämpfung all jener „Feinde“, die daran Hand anlegen. Dies jedoch produziert keinen gesellschaftlichen Frieden, sondern zementiert die tiefe, inzwischen politisch nahezu ausgereizte politische Polarisierung Polens in eine weltoffene, liberale Opposition und eine nationale, konservative Regierung. Der PiS ist dies willkommen, sucht sie doch das politische System, die Justiz und die Medien im Land im Sinne eines *state capture* unwiderruflich zu übernehmen. Dies zu erreichen, bedient sich *Recht und Gerechtigkeit* radikal und effektiv der Instrumentalisierung gesellschaftspolitischer, vermeintlich identitätsstiftender Themen unter Bezug auf ethnische Zugehörigkeit, Gender, Religion, Sprache und Selbstbestimmtheit.

Eigentlicher Zweck dieser Methodik in Zeiten eines postulierten politischen Kulturkampfes (*culture war*) ist tatsächlich zum einen die effektive Mobilisierung der eigenen Wählerschaft in Abgrenzung zum politischen Feindlager. Zum anderen soll von politisch ungleich schwerer vermittelbaren Inhalten abgelenkt werden, beispielsweise der Reform des Gesundheitswesens, des Renten- oder des Steuersystems.

In welcher Vielfalt und Intensität die polnische Regierungspartei sich dabei identitätspolitischer Inhalte bedient, werden die nachfolgenden Schlaglichter der politischen Agenda der PiS aufzeigen. Doch vorangestellt werden soll eine allgemeine Definition von Identitätspolitik, um die Auswirkungen der PiS-Politik auf die Gesellschaft in Polen adäquat einordnen zu können.

### Was macht Identitätspolitik aus?

Identitätspolitik wird vorliegend verstanden<sup>2</sup> als das Bemühen einer machtvollen Gruppe – die nicht notwendigerweise zahlenmäßig groß ist –, ihre Vorstellungen für die Gestaltung der gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse als allgemeingültig durchzusetzen, um die einzelnen Mitglieder in die vorgegebene Herrschaftslogik einzubinden. Da die in sozialen Interaktionen eingeübten beziehungsweise gewohnten Sprach- und Handlungsmuster allein keine Identität zu stiften vermögen, wird diese von den herrschenden Eliten unter Rückgriff auf in der Gesellschaft wirkmächtige Symbole, Mythen und Rituale bewusst erzeugt. Ziel ist ein auf breiter Basis gegründeter identitätspolitischer Konsens.

**David Gregosz** ist Volkswirt und Politikwissenschaftler. Er leitet seit 2020 das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau/Polen. Von 2017 bis 2020 koordinierte er die internationale, wirtschaftspolitische Stiftungsarbeit.

**Thomas Behrens** ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet seit 2019 als Projektkoordinator im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau/Polen. Zuvor war er mehrere Jahre als projektbezogener Mitarbeiter für verschiedene Partner des Auslandsbüros (Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), Zentrum für Internationale Beziehungen (CSM), Bertelsmann Stiftung, Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung u. a.) sowie private Unternehmen tätig.

Der Erfolg dieser Versuche bemisst sich daran, ob und inwieweit es gelingt, dass die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft beziehungsweise Gemeinschaft die vorgegebenen Weltbilder, Werte und Normen als alternativlos und normal verinnerlichen. Die Festlegung auf für die Gruppe vermeintlich wesentliche und letztlich existenzielle Gemeinsamkeiten impliziert zugleich die Ausgrenzung von Trägern und Trägerinnen anderer Weltbilder, Werte und Handlungsweisen und die Abgrenzung von anderen Gruppen.

### Migration

Eines der prägnantesten und zugleich mit Blick auf die eigene Wählerschaft wirkmächtigsten Beispiele für die Politik der PiS in diesem Kontext ist das Themenfeld Migration. Soweit es um Symbolpolitik zur Bewahrung der polnischen Sicherheit und Ordnung geht, lässt sich kaum ein auffälligeres Projekt der Regierung in Warschau finden als die Grenzbarriere zu Belarus: der 186 Kilometer lange, 5,50 Meter hohe, mit NATO-Draht verstärkte Zaun. Die umstrittene Mauer entstand als Antwort der PiS auf Tausende von Migranten und Migrantinnen, die ab Herbst 2021 aus dem Nahen Osten, Afghanistan und Afrika über Russland und Belarus an die polnische EU-Außengrenze geschleust wurden.

Anknüpfend an die erfolgreiche politische Linie der PiS ab Ende 2015, sich angesichts der Flüchtlingswelle aus Syrien über Ungarn nach Deutschland der Verteilung von Migranten und Migrantinnen innerhalb der EU nach Polen gänzlich zu verweigern, entschied man sich Ende 2021 medienwirksam und unter Verhängung einer Notstandsgesetzgebung erneut für den radikalen Weg: vorzugsweise Ängste im Land zu schüren vor einer drohenden Überfremdung der polnischen Gesellschaft. Dass mit den politischen Maßnahmen massiv gegen geltende Asylregelungen verstoßen und mit Menschenrechtskonventionen gebrochen wurde, interessierte nicht. Einzig bedeutsam war das Narrativ, allein *Recht und Gerechtigkeit* schütze den Fortbestand der polnischen Gesellschaft vor unregulierter Zuwanderung und Migration.

Da diese Praxis an der eigenen Basis derart positiv verfangt, formulierte Ministerpräsident Morawiecki anlässlich des sogenannten „Migrationspakts“ in Brüssel auch in diesem Sommer neuerlichen polnischen Widerstand: „Solange es die PiS-Regierung geben wird, werden wir nicht zulassen, dass uns irgendwelche Migrationsquoten, Quoten für Flüchtlinge aus Afrika, aus dem Nahen Osten, für Araber, Muslime oder wen auch immer auferlegt werden.“<sup>3</sup>

Gleichzeit untermauerte diese rein wahlstrategisch motivierte Position kurz darauf der Parteivorsitzende Kaczyński: Er kündigte an, die Frage der Zustimmung zu dieser „aufgezwungenen Solidarität“ am Tag der Parlamentswahl 2023 zum Gegenstand eines Referendums zu machen. Die PiS bekräftigte somit erneut ihre Haltung, das einzig wahre Bollwerk der polnischen Nation gegen externe Einflüsse zu sein.

### Kirche und Religion

Von ebenso zentraler Bedeutung ist für die nationalkonservative Regierungspartei das unverzichtbare Narrativ des christlichen Glaubens und der katholischen Kirche als Bastion Polens gegen die Liberalisierungstendenzen des Westens.

Historisch gründet dies auf der polnischen Vorstellung der „Allianz von Thron und Altar“<sup>4</sup>. Polen ist ein stark katholisch geprägtes Land. Christliche Werte waren stets tief in der Gesellschaft verwurzelt; selbst die *Solidarność*-Bewegung bezog im Kampf gegen den Kommunismus ihre Stärke und ihr Vertrauen aus dem Glauben und über die Netzwerke der Institution Kirche.

Allerdings hat auch in Polen das Ansehen der römisch-katholischen Kirche im Lichte der zahlreich aufgedeckten Pädophilie-Skandale gelitten und die Menschen wenden sich aus verschiedenen Gründen massenhaft von der Institution Kirche ab. Insofern sollte man meinen, dieses Themenfeld biete keine Chancen, die Stellung der Regierungspartei im Wahlvolk zu festigen. Doch die PiS versteht sich geschickt darauf, gegenüber den weltoffenen Parteien der Opposition die tradierte Identität der Nation effektiv in Stellung zu bringen.

Besichtigt werden konnte dies am Anfang des Wahljahres im März 2023, nachdem ein TV-Bericht aufdeckte, wie Karol Wojtyła (der spätere Papst Johannes Paul II.) in seiner Zeit als Erzbischof von Krakau Priester, die der Pädophilie beschuldigt wurden, nur milde bestrafte und so Fälle vertuschte, die der Kirche hätten schaden können. Die Anschuldigungen spalteten die politische Szene in Polen tief, nicht aber die breite Öffentlichkeit und die PiS, die am positiven Bild von Papst Johannes Paul II., einer über Jahrzehnte anerkannten Figur nationaler Identifikation, Hoffnung und Freiheit, unverrückbar festhielt. Recht und Gerechtigkeit nutzte die Gelegenheit, durchchoreografiert auf sämtlichen politischen Kanälen zu reagieren: Sie sprach von dem Versuch liberaler Medien, einen „Zivilisationskrieg zu provozieren“ (Morawiecki), bestellte den US-amerikanischen Botschafter ins Außenministerium ein<sup>5</sup> und brachte schließlich zur „Verteidigung des guten Namens von Johannes Paul II.“ eine Resolution gegen die „schändliche Medienkampagne“ im Sejm, der wichtigsten Kammer des polnischen Parlaments, ein.

Führt man sich vor Augen, dass sich erst im vergangenen Jahr 99 Prozent der PiS-Wähler und -Wählerinnen in einer Umfrage zum polnischen Papst als wichtige moralische Autorität bekannten, lässt sich die kommunikative Wucht der Partei von Kaczyński nachvollziehen: PiS-Politiker und -Politikerinnen sind bereit, sich geschlossen und unmissverständlich jeder radikalen Rhetorik und Symbolik zu bedienen, wenn es darum geht, Inhalte (hier das Erbe des polnischen Papstes Johannes Paul II.) zu verteidigen, die im höchsten Ansehen Polens stehen und die nationale Identität betreffen.<sup>6</sup>

### Frauenrecht und Abtreibung

Die Politik der PiS fokussiert aber auch zunehmend und mit denselben Maßstäben auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft und das Abtreibungsrecht. Die Partei greift hier einschneidend in den unmittelbaren privaten Lebensbereich der Bürgerinnen ein.<sup>7</sup>

Auch diese ist eng verknüpft mit der einflussreichen Rolle der Kirche. Diese bestand schon in kommunistischer Zeit gepaart mit der Unterstützung der *Solidarność* auf der Achtung des christlichen Familienbildes unter Betonung der traditionellen Rollenzuschreibung der Frau. Folgerichtig rang sie nach der politischen Wende 1993 der Regierung ein restriktives Abtreibungsrecht<sup>8</sup> ab.

Wenn die PiS heute ihre Wähler und Wählerinnen identitätspolitisch auf einen Konsens für ein weiter religiös-katholisch geprägtes Polen einschwört, das es alternativlos gegen „westlich-säkuläre“ Einflüsse zu verteidigen gilt, so folgt sie dieser oben genannten Tradition. Die Ausflüsse dessen sind mannigfaltig. Seit 2015 bemühen sich die Nationalkonservativen, progressive Änderungen zu behindern und rückgängig zu machen und die Frau in der traditionellen Rolle der Ehefrau, Mutter und Pflegerin bedürftiger Angehöriger einzuschließen. Hier nur einige Beispiele: die Stelle des Regierungsbeauftragten für die Gleichstellung von Frauen und Männern sollte gestrichen werden; feminine Formen im polnischen Sprachgebrauch stoßen auf Widerstand und Unverständnis; weibliche Ableitungen von Berufsbezeichnungen und Funktionen werden als feministische Zumutung betrachtet; soziale Wohltaten mittels Kindergeld von 500 Złoty (PLN) (im Wahlkampf

2023 inflationsbedingt als um 300 PLN aufgestocktes Versprechen wiederaufgelegt) wurden zur Förderung traditioneller Familien eingeführt; Bildungs- und Wissenschaftsminister Czarnek bekannte offen, die allererste Aufgabe der Frau sei die Fortpflanzung: „Wenn man das erste Kind im Alter von 30 Jahren zur Welt bringt, wie viele Kinder kann man dann bekommen? Das sind die Folgen, wenn der Frau erklärt wird, dass sie nicht das machen muss, wozu sie von Gott berufen wurde.“<sup>9</sup>

Im Jahr 2020 gestaltete die PiS das Verfassungstribunal um, das in der Folge das bis dahin schon – abgesehen von Malta – restriktivste Abtreibungsrecht innerhalb der EU weiter verschärfte und die Abtreibung von Föten mit unheilbaren Schäden verbot – der inzwischen negative Höhepunkt der Umsetzung dieser Politik. Seitdem sind die Frauen in Polen gezwungen, todkranke Kinder zur Welt zu bringen, was bereits zu einigen Todesfällen führte.

Doch *Recht und Gerechtigkeit* nimmt dies billigend in Kauf oder leugnet die Folgen dieser Gesetzgebung. Erst im Juni 2023 nahm der Parteivorsitzende Kaczyński hierzu Stellung und bekannte, das scharfe Verbot der Abtreibung sei kein Problem, da diese ja tatsächlich doch „fast in jedem Winkel in Warschau und an vielen verschiedenen Orten arrangiert werden könne und niemand [gemeint sind die liberalen Oppositionsregierungen in den großen Städten, Anm. der Verf.] dagegen vorgehe“. Todesfälle in den Geburtskliniken hingegen gebe es nicht, seien „erfunden von der Propaganda“, Teil einer „imaginären Realität“.<sup>10</sup>

#### Sexualkundeunterricht und LGBTQ

Angesichts dieser zynischen Politik der PiS, die jeden Respekt vor Frauen und deren Rechten in einer konkret lebensbedrohlichen Lage vermissen lässt, kann auch nicht die gleichfalls ultrakonservative Vorgehensweise in Sachen Sexualkundeunterricht und LGBTQ<sup>11</sup> verwundern.<sup>12</sup>

Hier sorgte Ende 2019 ein von einer konservativen zivilgesellschaftlichen Gruppe eingebrachtes Gesetzesprojekt für eine Kontroverse, über das der Sejm beraten musste, und das Sexualkundeunterricht an Schulen unter Strafe stellen sollte. Vorgeschlagen wurde, Personen, die „Geschlechtsverkehr von Minderjährigen öffentlich propagieren oder gutheißen, mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren“ bestraft würden, Lehrer und Lehrerinnen noch schärfer. Das Gesetz sollte Kinder und Jugendliche „vor sexueller Verderbtheit und moralischem Verfall“ schützen. Zwar kam es im Zuge öffentlicher Proteste und eines Urteils des Obersten Gerichts, demzufolge der Gesetzesentwurf nicht mit dem Bildungsauftrag der Schulen vereinbar sei, nicht zur Umsetzung. Doch die Haltung der Regierungspartei ist unverändert.

In den Worten Kaczyńskis lautet diese: „Die Idee ist, dass Kinder keinen Praktiken ausgesetzt werden sollten, die für sie schädlich sind. Ich denke dabei insbesondere an die Praxis der Sexualisierung von Kindern bereits im Vorschulalter. (...) Eltern wissen trotz bester Absichten nicht, wie sie mit den Problemen umgehen sollen, die ihre Kinder betreffen. Sexualisierung ist eine große Bedrohung, die wir stoppen müssen.“<sup>13</sup>

*Recht und Gerechtigkeit* führt somit einen offenen Kampf gegen die Liberalisierung öffentlicher Moralvorstellungen und prangert regelmäßig eine vermeintliche „Gender-Ideologie“ an, die dem christlichen Familienbild entgegenwirke, junge Menschen „sexualisiere“ und durch die Information über gleichgeschlechtliche Lebensformen, zu Homosexualität „anstifte“. Niederschlag findet dies darin, dass im Vorfeld der bevorstehenden Parlamentswahl die Angriffe führender Vertreter und Vertreterinnen der PiS auf Homo- und Transsexuelle schärfer geworden sind, die feindselige Rhetorik zunimmt, um Wähler und Wählerinnen zu mobilisieren sowie

Vertreter und Vertreterinnen der LGBTQ-Szene von Politikern und Politikerinnen als „Abartige“, „kranke Menschen“ und „Bedrohung für die polnische Familie“ bezeichnet werden.<sup>14</sup>

#### Rechtsstaatlichkeit, Sprache und die Souveränität der eigenen Nation in Europa

Politische Inhalte und Narrative betreffend die Justizreform, den Deutschunterricht und generell zu Polens Stellung in der Europäischen Union sollen der Vollständigkeit halber hier ebenfalls Erwähnung finden, wenn es um das Bestreben der PiS geht, Polen als Nation nach den Vorstellungen der herrschenden Partei zu formen.

Insoweit Recht und Sprache evident den Kern der Identitätsausbildung einer Gesellschaft betreffen, scheint die regierende Partei von den Überzeugungen geleitet, dass zum einen die Judikative den Ausbau des politischen Systems so zu unterstützen habe, wie die vom Volk in Wahlen vollumfänglich legitimierte Exekutive dies beschließt, zum anderen Sprachen einer anerkannten Minderheit als nicht identitätsstiftende Form der Kommunikation keiner größeren Förderung bedürfen. Folgt man dieser Interpretation, ist nachvollziehbar, dass das mittels Besetzung durch neue Richter und Richterinnen durch die Regierung de facto eingenommene Verfassungstribunal im Oktober 2021 den Vorrang der polnischen Verfassung vor EU-Recht erklärte, ja die Regierung seit Jahren mit der EU-Kommission vehement über die Justizreform in Polen streitet. Auch wird verständlich, dass die Regierungspartei der deutschen Minderheit in Polen im Sejm eine drastische Mittelkürzung für den Deutschunterricht beibrachte.

Beides steht in Einklang mit dem von Kaczyński und Recht und *Gerechtigkeit* geschaffenen und stetig befeuerten Mythos, Polen werde von einer Europäischen Union dominiert und bevormundet, die in Wahrheit von Deutschland gesteuert sei und den wichtigen Nachbarn im Osten unterdrücke.

Historisch wird damit auf die versuchte Auslöschung Polens als Nation durch Nazideutschland angespielt (weshalb das Thema der Reparationsforderungen an Deutschland politisch und vor allem medial in den von der Regierung kontrollierten polnischen Staatsmedien seit Jahren wirkmächtig hochgehalten wird). Und ihren realen Widerhall findet die PiS-Erzählung faktisch auch in dem polenweit verbreiteten Empfinden, der Nachbar im Westen würde Polen nicht als Partner auf Augenhöhe behandeln.

In der Konsequenz mündet dieses immer und immer wieder präsentierte Narrativ der Regierungspartei in Statements wie das, welches Ministerpräsident Morawiecki in seiner Heidelberger Grundsatzrede am 20. März 2023 gab: „Wir brauchen ein Europa, das durch seine Nationalstaaten stark ist, und nicht eines, das auf deren Ruinen gebaut ist“. Und er fügte hinzu, es sei ein Irrweg, einen europäischen Superstaat anzustreben, wie dies manche Bürokraten und Bürokratinnen in Brüssel wollten.<sup>15</sup>

#### Abschlussbetrachtung

Die Zusammenschau der zahlreichen Themenfelder, in denen die PiS mit identitätspolitischen Inhalten reüssiert, verdeutlicht, dass es die Regierungspartei gezielt, umfassend und radikal darauf dringt, Polen in einer ausschließlich national-konservativ verstandenen Verfasstheit zu gestalten. Vollzogen wird dies inhaltlich in Form einer Politik, die das eigene Elektorat in ihrer Empfindung und Lebenswirklichkeit (Religion, Familie, Schule) unmittelbar persönlich anfasst sowie mit Blick auf die starke sozioökonomische Verunsicherung mittels Abgrenzung beziehungsweise Abschottung gegenüber allen liberal-demokratischen, weltoffenen, fremden, als „hegemonial“ gebrandmarkten Einflüssen operiert. Dabei geriert sich die PiS als alleinige Bewahrerin national lange tradierter Werte. Postuliert wird die Bedrohung



durch den säkularisierten und (in Folge einer Jahrzehnte währenden historischen Teilung des Kontinents) ökonomisch überlegenen Westen, der die eigene Identität der polnischen Nation nicht anerkennt, nicht achtet, nicht würdigt. Tatsächlich aber dient die Politik der PiS der Verfestigung der gesellschaftlichen wie staatlichen Machtstellung und weiteren Durchsetzungsfähigkeit der Partei, das politische System Polens entlang eigener Vorstellungen nachhaltig autoritär ausbauen zu können – koste es, was es wolle.

Endnoten

1 Gemeint ist hier die Gruppe im mittleren Alter ab 29 Jahre. Noch jüngere Wähler und Wählerinnen tendieren mittlerweile stark dazu, aus Enttäuschung und Protest Parteien abseits des sogenannten Duopols aus PiS (konservativ-national) und PO (liberal-weltoffen) zu unterstützen.

2 Siehe: „Identitätspolitik“, Glossar der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/504279/identitaetspolitik/> (zuletzt aufgerufen: 10.09.2023).

3 „Polen will Migrationsquoten nicht zulassen“. In: *ZDF.de*, 09.06.2023. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-asyl-kompromiss-polen-ablehnung-100.html> (zuletzt aufgerufen: 10.09.2023).

4 Vgl. Dominika Kozłowska (2022), Ist Polen (noch) ein christliches Land? in: DPI (Hrsg.): Jahrbuch Polen 2022. Widersprüche, S. 53ff.

5 Ursache hierfür: Der den Bericht ausstrahlende Sender TVN 24 finanziert sich u. a. mit US-amerikanischer Hilfe.

6 Dies und mehr zum Thema in: David Gregosz/Thomas Behrens (2023): Vier weitere Jahre „Recht und Gerechtigkeit“, KAS-Länderbericht vom 06.04.2023. <https://www.kas.de/de/web/polen/laenderberichte/detail/-/content/vier-weitere-jahre-recht-und-gerechtigkeit> (zuletzt aufgerufen: 10.09.2023).

7 Vgl. Ewa Wanat (2023), Frauen in Polen zwischen Rechtskonservatismus und Feminismus, in: DPI (Hrsg.): Polen-Analyse Nr. 307 vom 07.03.2023. <https://www.laenderanalysen.de/polen-analysen/307/frauen-in-polen-zwischen-rechtskonservatismus-und-feminismus/> (zuletzt aufgerufen: 10.09.2023).

8 Inhalt damals, im Jahr 1993: Schwangerschaftsabbruch nur in drei Fällen erlaubt – bei Vergewaltigung, Bedrohung des Lebens und der Gesundheit der Mutter und unheilbaren Schäden des Fötus.

9 Ewa Wanat (2023), Frauen in Polen zwischen Rechtskonservatismus und Feminismus, in: DPI (Hrsg.): Polen-Analyse Nr. 307 vom 07.03.2023. <https://www.laenderanalysen.de/polen-analysen/307/frauen-in-polen-zwischen-rechtskonservatismus-und-feminismus/> (zuletzt aufgerufen: 10.09.2023).

10 Michał Szuldrzyński (2023), „Co Jarosław Kaczyński naprawdę myśli o aborcji“ / dt.: Was Jarosław Kaczyński wirklich über Abtreibung denkt, in: *Rzeczpospolita-Online*, vom 27.06.2023. <https://www.rp.pl/komentarze/art38663101-michal-szuldrzynski-co-jaroslaw-kaczynski-naprawde-mysli-o-aborcji> (zuletzt aufgerufen: 10.09.2023).

11 Siehe dazu auch den Beitrag in dieser Veröffentlichung von Dana Fennert: Geschlecht und Identität, S. 32.

12 Vgl. hierzu: Dorothea Traupe (2020): GBT-Rechte, Gender und Sexualmoral in Polen, in DPI (Hrsg.): Polen in der Schule, Darmstadt 2020. <https://www.poleninderschule.de/arbeitsblaetter/gesellschaft/lgbt-rechte-gender-und-sexualmoral-in-polen/> (zuletzt aufgerufen: 10.09.2023).

13 Schützen wir die Kinder, unterstützen wir die Eltern (pis.org.pl).

14 „Zehntausende bei Pride-Parade in Warschau“, in: *F.A.Z..de*, 17.06.2023. <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/zehntausende-ziehen-bei-pride-parade-durch-warschau-18971698.html> (zuletzt aufgerufen: 10.09.2023).

15 „Polens Regierungschef warnt vor zu viel Europa“. In: *Spiegel.de*, 20.03.2023. <https://www.spiegel.de/ausland/polen-mateusz-morawiecki-warnt-in-heidelberg-vor-zu-viel-europa-a-87bb9176-0dd4-49e9-b2bb-cddef37b1f6f> (zuletzt aufgerufen: 10.09.2023).

# Impressum

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023, Berlin**

**Kontakt**

Stefan Stahlberg  
Referent Zeitgeschichte  
Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik  
stefan.stahlberg@kas.de

Fabian Blumberg  
Referent Parteien und Beteiligung  
Analyse und Beratung  
fabian.blumberg@kas.de

**Gestaltung und Satz**

KALUZA+SCHMID Studio, Berlin

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder – helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN: 978-3-98574-190-8



Hitzig geführte Debatten über den Umgang mit dem historischen Erbe, die koloniale Vergangenheit, ethnische, kulturelle oder soziale Zugehörigkeiten und die Anzahl der Geschlechter sowie „gegenderte“ Sprache zeigen, wie Identitätspolitik den gesellschaftlichen Diskurs prägt. Die hier gesammelten Beiträge zeigen mit einem Blick auf Geschichte und Gegenwart in Deutschland, Frankreich, Polen und den USA, wie Identitätspolitik aus dem rechten und linken Lager die politische Mitte angreift – und die Gesellschaft spaltet, statt sie zu einen.